

Volksmacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugspreis: Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition (Poststraße 4/6) durch die Buchhandlungen der „Volksmacht“, Neue Gravenstraße 6 und Friedrich-Wilhelm-Str. 105, Marienstraße 155, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. Bezugspreis im voraus für ein Jahr 1,20 RM. + 8 Pf. Tragelohn. 6,50 RM., monatlich 1,20 RM. + 8 Pf. Tragelohn. 2,10 RM. Durch die Post einjährig 2,40 RM.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle: **Dreslau 2**
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 217 32, Redaktion 217 30
Postfach-Konto: Postfach-Amt Dreslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, 311 Dreslau

Anzeigenpreis: 30 Zeilen für gewöhnliche Anzeigen am Schließen der Redaktion. 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Verlass-, Verfallungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition (Poststraße 4/6) oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unseriangebot eingekaufte Manuskripte werden nur zurückergeben, wenn Rückporto beiliegt

Allgemeines Durcheinander bei der Brüning-Mehrheit

Deutsche Volkspartei gegen Schieles Zollpläne — Was Schiele plant Bayerische Volkspartei gegen Anwendung des Art. 48 — Auch die Regierung uneinig — Weitere Verschlechterung der Steuervorlage

Die Situation des Kabinetts Brüning wird von Tag zu Tag unmöglicher. Sie wird unmöglicher, weil in fast allen wichtigen aktuellen Fragen nicht einmal die in ihm vertretenen Parteien einer „Führung“ folgen. Das gilt bis heute insbesondere von dem Steuerprogramm mit der 75prozentigen Steuererhöhung und gilt ebenso von den Agrarplänen, nach denen sich die Regierung selbst einig darüber geworden ist. So schreibt z. B. die volksparteiliche „Kölnische Zeitung“ den Absichten des Herrn Schiele, mit denen sich am Dienstag die Reichsregierung befaßte:

„Die Regierungsparteien müssen sich die Folgen einer Zollpolitik, wie sie von der Grünen Front anstrebt wird, klar machen, wenn sie in einzelnen zu Vorläufigen Stellung nehmen wollen; die Reichsernährungsminister Schiele als deutschnationaler Abgeordneter vertreten hatte und die er jetzt im Reichskabinett zum großen Teil durchzuführen werden dürfte. Unser Außenhandel hat in den letzten Jahren — das zeigt die fast stetige Zunahme unserer Wareneinfuhr und das Einschumpfen des Passivabos unserer Handelsbilanz — einen erfreulichen Aufschwung genommen. Dies gilt in besonders hohem Maße von der Ausfuhr nach einigen westeuropäischen Ländern, mit denen wir in neue Handelsvertragsverhandlungen eintreten müßten, wenn wir uns zu einer Erhöhung der Gemüße-, Obst- und Weinölsteuern entschließen wollten. Durch das in den Reichstagsanträgen der grünen Front niedergelegte Ansinnen an die Reichsregierung, falls die in Frage kommenden Handelsverträge zu kündigen, wenn sich die betreffenden Länder nicht mit der einseitigen Erhöhung unserer Agrarzölle einverstanden erklären sollten, wird das Gebäude unseres Außenhandelsystems in seinen Grundfesten erschüttert.“

In einer Zeit ausgeprägter ungünstiger allgemeiner Wirtschaftskonjunktur würde die Grundlage zerstört werden, auf der unsere Fertigwarenindustrie ihr gegenwärtiges Ausmaß geschäftlich kalkuliert hat und auf der sie sich auf den inländischen Markt gegen den ausländischen Wettbewerb behauptet. Wir würden mit einer großen Zahl von Ländern gleichzeitig in Verhandlungen eintreten gezwungen sein, eine Arbeit, die allein aus technischen Gründen mit der gebotenen Schnelligkeit gar nicht geleistet werden kann.“

Die vom Kabinetts Brüning zugesagte Aufrechterhaltung der „Kontinuität unserer Handelspolitik“ ist unvereinbar mit einem Vorgehen, das uns etwa mit einem Duzend wichtiger fremder Länder gleichzeitig in ernste handelspolitische Gegenstände bringen würde.“

Die landwirtschaftliche Not fordert von den übrigen Volks- und Wirtschaftsklassen, daß sie Opfer bringen, nicht aber, daß sie sich dem Nationalwirtschaftlich wäre es verhängnisvoll, wenn wir im Streben nach einer Stärkung unserer Landwirtschaft ganz Industriezweigen die Daseinsmöglichkeiten bis zur Unerkennbarkeit verkleinern würden. Noch sind die Absichten des Reichsernährungsministers und des Reichskabinetts in Dunkel gehüllt; es ist aber an der Zeit, jetzt schon vor einer Politik zu warnen, bei der wir insgesamt mehr verlieren als gewinnen würden.“

Es ist nach allem begründlich, wenn die Reichsregierung am Montag ihre Beratungen über die Vorberathungen der Grünen Front auf Dienstag vertagte. Ein Zeichen dafür, daß sich nicht nur die Regierungsparteien, sondern auch die Kabinettsmitglieder wieder einmal in einer wichtigen Frage nicht einig sind. Wie lange soll das noch so weitergehen, Herr Brüning?

Schieles Pläne

Der Reichsernährungsminister will bis zu den Osterferien die angedachten Agrargesetze durchsetzen. Ein eigentliches Programm hat er nicht. Was er dafür zu halten scheint und was in der Öffentlichkeit immer als Schieles Programm bezeichnet wird, ist die Zusammenfassung von allen möglichen Zollhöhenanträgen, die die der grünen Front nahestehenden Parteien in Form von Anträgen dem Reichstage vor vierzehn Tagen vorgelegt haben.

Aber doch haben Schieles Forderungen einen gemeinsamen Grundgedanken. Er zielt darauf ab, dem Reichsernährungsministerium Vollmachten zu geben, die für Brot- und Futtergetreide beliebige Verbrauchs- und Herunterzulassen. Durch eine solche Vollmacht will man die Getreidepreise auf eine bestimmte Höhe bringen und halten. Das letzte Geheimnis der Schieles Pläne enthält jedoch eine Rede, die der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates, Brandes, Ende März in Stettin gehalten hat. Er forderte eine „unpolitische Stelle, die nach dem Muster der Reichsbaukommission Maßnahmen zu treffen habe, die notwendig seien, um die landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf Inlandhöhe zu bringen“. So wie eine „unpolitische Stelle“ das Geld- und Währungswesen überall durch Maßnahmen der Disziplinpolitik, der Geldein- und

Geldausfuhr, der Restriktionen lenke, so müsse auch die Agrarpolitik in ruhiges, stetiges Fahrwasser gelenkt werden“. Das „ruhige stetige“ Fahrwasser, das Brandes meint, ist natürlich die gewünschte Übersteigerung der Agrarpreise auf jeden Fall, ohne Rücksicht auf die Wirtschaft, auf die Volksernährung und auf den deutschen Warenexport. Man will die Agrarpolitik dem Willen des Parlaments und den Auswirkungen der Notwendigkeiten der gesamten Wirtschaft entziehen. In diesem Zusammenhange muß betont werden, daß der Roggenpreis von 230 Mark, an dem Schiele angeblich festhalten soll, bei weitem zu hoch ist. Das haben die Vorgänge an der Berliner Produktenbörse (Septembernotierungen) eindeutig bewiesen.

Weiter will Schiele den Ausbau des ganzen Systems der Exportprämien. Die deutschen Agrarier wollen die Einfuhr von Lebensmitteln nach Deutschland völlig unterbinden. Sie wollen aber auch mit Hilfe staatlicher Mittel die Einfuhr deutscher Agrarartikel nach den Nachbarländern, wo die Landwirtschaft viel höher steht als die deutsche, erzwingen. Exportprämien (Einfuhrschemie) sollen nach den Schieleschen Plänen für Rindvieh und Rindfleisch, für Schafe und Schaffleisch und Kartoffeln- und Kartoffelerzeugnisse gewährt werden. Wird diese Forderung verwirklicht, dann wird das dem Staate Hunderte von Millionen kosten. Der Staat wird Unsummen bezahlen, damit deutsche Erzeugnisse nach dem Auslande verschleudert werden. Während wir die deutschen Lebenshaltungs- und Kosten hoch halten, werden wir sie im Auslande drücken, was sich natürlich im industriellen Konkurrenzkampf auf den Weltmärkten bald zumungunsten Deutschlands bemerkbar machen wird. Der Ausbau der Exportprämie, wie er Schiele vorschwebt, wird natürlich auch zu handelspolitischen Auseinandersetzungen führen. Die anderen Länder werden sich das deutsche Agrardumping nicht gefallen lassen. Außerdem bedroht das

Bayerische Volkspartei gegen Anwendung des Artikel 48

München, 7. April. (Eigener Drahtbericht.)

In einem außerordentlich scharf gehaltenen Artikel polemisiert der Parteivorstand der Bayerischen Volkspartei, Landtagsabgeordneter Schaeffer, gegen das Finanz- und Steuerprogramm des Kabinetts Brüning, insbesondere gegen den Finanzminister Wolfenbauer. Wörtlich heißt es in dem Artikel:

„Es muß gewarnt werden, daß das Reichskabinett etwa daran denkt, eine von einer Mehrheit des deutschen Reichstages abgesetzte Steuer auf dem Wege des Artikels 48, also durch Steueranordnung, durchzusetzen. Das heißt den Namen des deutschen Reichspräsidenten mißbrauchen und ihn zum Steuerbüttel des Kabinetts machen. Wenn der Herr Reichsfinanzminister glaubt, der Artikel 48 und die Auflösung des deutschen Reichstages wirken einschüchternd auf die Bayerische Volkspartei, so wird er sich jedenfalls der Bayerischen Volkspartei gegenüber täuschen. Die Bayerische Volkspartei kämpft um das Recht des deutschen Bundesstaates Bayern und läßt sich nicht die Zustimmung abzwängen zu Plänen, die sie für ungerecht halten muß.“

Briand berichtet über London

Frankreichs Haltung unverändert

Paris, 7. April. (Eigener Drahtbericht.)

Briand erstattete einem am Montag vormittag unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik abgehaltenen Ministerrat Bericht über den Stand der Londoner See- und Luftverkehrskonferenz. Das offizielle Kommuniqué über die Beratung der Minister ist sehr knapp gehalten und betont lediglich, daß Briand in den letzten Wochen den in dem französischen Memorandum vom 20. Dezember niedergelegten Standpunkt voll und ganz gewahrt und in einem ununterbrochenen Kontakt mit allen auf der Konferenz beteiligten Mächten geblieben habe. Der Rat hat dann Briand einstimmig seine Billigung ausgesprochen.

Aus dem Wortlaut des Kommuniqués mit der besonderen Unterstreichung der Unveränderlichkeit des französischen Standpunktes geht hervor, daß die Vorschläge Hendersons keinerlei grundsätzliche Änderung der französischen Haltung in London und keinerlei Abweichung von der durch Frankreich mit absoluter Intelligenz vertretenen These bewirkt haben. Von offizieller Seite wird weiter mitgeteilt, daß die neue englische Initiative bisher nicht die Form einer offiziellen Demarche bei der französischen Delegation angenommen hat. Briand wird am Dienstag nachmittag um vier Uhr nach London zurückfahren. Wenn der Eindruck, den der mit einiger Spannung erwartete Ministerrat in den hiesigen politischen Kreisen hervorgerufen hat, nicht täuscht, ist auch durch den Berliner Besuch Briands am Stand der Dinge in London nicht viel geändert worden.

deutsche Agrardumping die Landwirtschaften anderer Länder. Das ist, soweit Roggen in Frage kommt, in den nördlichen Ländern bereits der Fall, wo eine feindliche Stimmung gegen Deutschland entstanden ist, weil Deutschland mit seinem Roggendumpsing-Export die dortige Landwirtschaft gefährdet.

Schiele hält ferner an der Zwangsvorschrift für die Vermischung von Roggen- und Weizenmehl fest. Das ist ein Rückschritt in die schlimmste Kriegswirtschaft. Dieser Rückschritt wird den Roggenkonsumenten nicht steuern, er wird ihn verringern. Auch dürfte sich nach den Kriegserfahrungen eine Ferkulturg der Wirtschaftsmoral (Schleichhandel usw.) aus einem solchen Zwange ergeben.

Auch seine verhängnisvolle Gefrierfleischpolitik will Schiele fortsetzen. Als Reichsernährungsminister im letzten Bürgerkabinetts hatte Schiele bereits die Verminderung des zollfreien Gefrierfleischkontingents von 125 000 Tonnen auf 50 000 Tonnen durch. Jetzt will er die zollfreie Gefrierfleischzufuhr ab 1. Juli überhaupt aufheben. Er trifft damit die Interessen der Kleinrentner, Witwen und Waisen konsumiert. Diese Schichten essen Gefrierfleisch nicht aus Übermut, sondern weil ihnen die Mittel fehlen, anderes Fleisch zu kaufen. Die Beseitigung der Gefrierfleischkontingente ist die sozialste Maßnahme, die man sich denken kann. Dabei ist der deutschen Landwirtschaft damit überhaupt nicht gedient. Das zollfreie Gefrierfleischkontingent macht einen so geringen Teil des deutschen Fleischkonsums (weit unter 1 Prozent) aus, daß die Beseitigung die Markt- und die Preisbildung überhaupt nicht beeinflussen wird.

Beschlechterung der Steuervorlagen

Berlin, 7. April. (Eigener Bericht.)

Der Steueraussschuß des Reichstages erledigte am Montag die Vorlage über die Erhöhung der Zölle auf Minerale und die Ausgleichsteuer auf Mineralöle. Für die entscheidenden Teile der Vorlage erhielt die Regierungskoalition Zuzug von den Deutschnationalen, so daß eine Mehrheit für die Vorlage vorhanden ist. Die Herstellung dieser Mehrheit aber ist mit der Preisgabe wichtiger sozialer Gesichtspunkte erkauft worden, durch die die ursprüngliche Vorlage der Regierung erheblich verschlechtert worden ist.

Die Zollvorlage der Regierung sah eine Erhöhung des bisherigen Zolls für Benzin von 6 Mark auf 10 Mark für den Doppelzentner vor. Die Ausgleichsteuer für das in Deutschland erzeugte Benzin und Benzol soll entsprechend der Zollerhöhung für die Inlandserzeugung auf 4,80 Mark (4 Mark + 20prozentiger Zuschlag für Verpackung) festgesetzt werden. Dadurch würde eine gleichmäßige Belastung der inländischen Erzeugung mit der ausländischen Einfuhr eingetreten sein. Um jedoch die Zustimmung der Deutschnationalen für die Vorlage zu gewinnen, haben die Regierungsparteien einen Steuerfuß von 8,80 Mark beantragt, wodurch die inländische Erzeugung um 1 Mark pro Doppelzentner begünstigt wird. Es entgehen dadurch der Reichskasse bei einer inländischen Erzeugung von etwa 600 000 Doppelzentner fünf Millionen Mark. Da der Preis für den inländischen Treibstoff ebenso hoch ist wie für den ausländischen, so erhalten dadurch die inländischen Erzeuger einen Sondergewinn in gleicher Höhe.

Ebenso bedenklich ist das zweite Zugeständnis, durch das die deutschnationalen Stimmen gekauft wurden. Die Reichsregierung wird ermächtigt, anzuordnen, daß Triebstoffe mit Spiritus gemischt werden müssen. Spiritus zu Triebstoffzwecken wird gegenwärtig von der Monopolverwaltung zu Preisen abgesetzt, die der Reichskasse einen Verlust von 30 Mark pro Hektoliter verursachen. Würde auch der zur Durchführung des Beimischungszwanges erforderliche Spiritus zu den bisherigen Verlustpreisen abgegeben werden, so würde bei einer Beimischung von 10 Prozent der Reichskasse ein Verlust von etwa 60 Millionen, bei 5 Prozent ein solcher von 30 Millionen entstehen. Nach den Angaben der Regierung aber ist eine Abgabe von Spiritus zu Verlustpreisen nicht geplant, der Spiritus für Mischungszwecke soll also voll bezahlt werden. Dann aber wird der höhere Gefäßungspreis für Spiritus auf die Verbraucher abgewälzt werden, die dadurch mit einer weiteren Steigerung der Preise für Triebstoffe über die jetzige Zoll- bzw. Steuererhöhung hinaus zu rechnen haben werden.

Die sozialdemokratischen Vertreter im Steueraussschuß haben sich gegen diese Verschlechterungen der ursprünglichen Regierungsvorlage entschieden gewehrt, allerdings ohne Erfolg. Sozialdemokratische Anträge, die die innere Ausgleichsabgabe ebenso hoch festsetzen wollten wie den Zoll, wurden abgelehnt. Ebenso erging es einem sozialdemokratischen Antrag, die Zollerhöhung gleichzeitig mit der Ausgleichsteuer in Kraft zu setzen. Nach den Beschlüssen des Steueraussschusses soll die Zollerhöhung am 15. April, die Ausgleichsteuer am 1. Mai in Kraft treten. Auch ein Antrag auf Begünstigung des Personenverkehrs wurde abgelehnt. Der Ausschuss der ganzen Vorlage auf ein Jahr, so daß sie 1931 mit dem Umbau der Kraftfahrzeugsteuer in Zusammenhang gebracht werden kann, wurde abgelehnt.

Angenommen wurde mit den Stimmen der Deutschnationalen schließlich noch der Antrag, Betrolen von der Zoll- Erhöhung auszunehmen. Der Reichskasse entgeht dadurch ein Ausfall von 7 Millionen jährlich. Der Zuschlag zur Kraftfahrzeugsteuer für das Jahr 1930 wurde auf 10 Prozent festgelegt.

Der neue Unfall der Deutschnationalen in Vorbereitung

Die deutschnationalen „Deutsche Tageszeitung“ die bereits den letzten Umfall der Deutschnationalen Reichstagsfraktion vorbereitet hat, plädiert heute im Sinne des Herrn Brüning hinsichtlich der Steuererhöhung für den zweiten Umfall der Deutschnationalen Fraktion und zwar mit folgenden Argumentationen:

Für das Agrarprogramm des Ministers Schiele sind nach der Erklärung des Finanzministers Wolfenbauer besondere Haushaltsmittel wenigstens direkt nicht nötig. Diese Feststellung ist von Wert, weil sie von vornherein dem Schlagwort von einer

Befreiungsfeiern oder Klammern?

Uns wird geschrieben: Am Rhein rüsten sich die Oberhäupter der Kommunen, die am 30. Juni fällige Räumung der dritten Zone und damit die völlige Befreiung der Besatzung feierlich zu begehen. Es ist ein edler Weltfriede entbrannt, in welcher Stadt der dritten Zone die sogenannte Hauptfeier mit dem Reichspräsidenten an der Spitze stattfinden soll: ob in Koblenz, Mainz, Wiesbaden, Ludwigshafen, Speyer, Worms oder Kaiserslautern. Es sollen natürlich „nur würdige Feiern“ in bescheidenem Rahmen veranstaltet werden und doch glauben wir, daß Konrad der Große von Köln in dem rebegewaltigen Kult von Mainz als Mätrze beplüster fröhliche Urständ feiern wird.

In Koblenz hat man sich schon jetzt, wochenlang vor der Räumung der dritten Zone ein besonderes Programm ausgedacht gemacht. Hier soll mit dem Beginn der Baumbilte bis in den Sommer hinein, eine Regiments- und Wiedersehensfeier die andere folgen. Sonntag für Sonntag werden tapfere Krieger zu Ruh der edlen Kunst der Gastwirte und zur Behebung der Not in den Weinbaugebieten die Stadt und Umgegend bevölkern. Aufstakt zu dieser Festfolge wird die für den 13. April vorgesehene feierliche Rückkehr der Fahnen und Standarten der ehemaligen Koblenzer Regimenter sein. Seit der Besatzung wurden diese Zeichen in Münster in Westfalen gegen Mottenfraß und Staub geschützt. Jetzt sollen sie, und so will es der Ehrgeiz des Koblenzer Oberbürgermeisters Dr. Ruffell im Einverständnis mit der Reichswehrleitung wieder nach Koblenz gebracht werden. Der tüchtige Herr Ochs — nicht der von Lorchau, sondern der beigeordnete in Koblenz — hat in persönlicher Verhandlung diesen Erfolg nach Hause bringen können.

Am 13. April steigt also das Fest. Dazu hatte sich das in Koblenz existierende Büro zur Vorbereitung von städtischen Feiern und zur Hebung des Fremdenverkehrs schon ein fix und fertiges Programm zur Begeisterung des Speibürgerturns ausgedacht und auch die zuständigen untergeordneten Reichswehrstellen hatten bereits ihre Zustimmung erteilt, als man darauf aufmerksam gemacht wurde, daß Koblenz in der entmilitarisierten Zone liegt und Reichswehrsoldaten dort in geschlossenen Formationen nicht aufzutreten dürfen. Ein unwürdiger Zustand, gegen den, wo es auch möglich war und ist, die Sozialdemokratie angekämpft hat und ankämpfen wird. Aber vorerst ist daran leider nichts zu ändern, und so wird bei der Heimkehr der Fahnen und Standarten der ehemaligen Koblenzer Regimenter etwas weniger Klammern entfalteter und etwas weniger Theater gespielt werden. Immerhin wird noch genügend Raum und Zeit sein, um den Ueberchwang der Gefühls-austoben zu lassen — und davor ist uns angst und bange. Wir fürchten keine außenpolitischen Verwicklungen, wenn einer der rheinischen Oberbürgermeister aus Versehen ein altes Manuskript einer Kaisergeburtstagsrede aus dem Fach nimmt. Unbereits ist die Räumung des besetzten Gebietes ein historisch wichtiger Augenblick und darum einer würdigen Feier wert. Die Frage ist nur, ob sich der Jubel der Bevölkerung in antikeren Formen austoben und von bezopften Herren der Vergangenheit oder gar von solchen dirigiert werden darf, deren ganze Politik gegen die Räumung der besetzten Gebiete gerichtet war und die jetzt angesichts des Erfolges der Räumung bei den Feiern natürlich an der Spitze marschieren, als hätten sie nichts sehnlicher als die Räumung gewollt.

Die maßgebenden Berliner Stellen beschäftigen sich unseres Wissens schon seit geraumer Zeit mit der Frage, wie der Abzug der letzten französischen Truppen aus dem Rheinland in würdiger Form gefeiert werden kann. Es liegen eine ganze Reihe von Vorschlägen vor. Uns will davon der Gedanke einer zentralen Veranstaltung am Sime der politischen Gewalt, in Berlin, durchaus sinnvoll erscheinen. Ob man dazu den ersten Sonntag nach dem 30. Juni wählt oder die Verfassungsfeier unter den Gedanken der Befreiung der Rheinlande stellt, ist gleichgültig. Bei der Hauptfeier muß aber aus politischen Gründen Berlin sein. Eine Veranstaltung in der Reichshauptstadt würde außerdem den Freimärschkrieg der Städte am Rhein um die Ehre der Hauptfeier beenden. Daß der Reichspräsident jedem der Hauptorte der zweiten und dritten Zone einen Besuch abstattet, liegt unseres Wissens durchaus in seiner Absicht und selbst wenn Herr Trebitsch dann noch Minister für die besetzten Gebiete an Trebitsch zur Bedingung gemacht. So wird Herr von Hindenburg seine Rheinlandreise ohne seinen Vertrauensmann „Trevi“ antreten müssen.

Die Sozialdemokratie wird sich von den Befreiungsfeiern nicht ausschalten lassen. Sie will mit den freien Gewerkschaften dabei sein, weil es nicht zuletzt ihrer Politik zu verdanken ist, wenn die Befreiungslünde am Rhein fünf Jahre früher schlägt, als es der Wille der Sieger im Weltkrieg und die deutsche nationale Politik wollte. Wir wollen aber auch dabei sein, damit die Feiern in Würde verlaufen und nicht zu Klammern-Veranstaltungen werden, wie es jene wollen, die alle Ursache hätten, dem feierlichen Gedanken an die Politik der Befreiung fernzubleiben.

Sum nationalsozialistischer Agitator berufen

Das Strafregister ist lang genug dazu

Es wird uns geschrieben: Ein nationalsozialistischer Agitator in der Provinz Hannover für die Nationalsozialisten als Landagitor tätige Heinrich Karl Bodecker aus Bismarck bei Bremen. Bodecker ist jener Mann, der im Herbst 1928 in Paris in der Uniform der „Alten Feind“ in das Finanzamt ging und dort die Beamten mit dem Stock bedrohte. Jetzt macht er im hannoverschen Land unruhig. In seinen letzten Versammlungen, die er in Weste, Kreis Veljen, und im Kreise Bückeburg abhielt, beschimpfte er in wüster Weise die Republik und erklärte, man müsse das heutige Regime, das ein „Verbrecherinstitut“ sei, „vom Postament stürzen.“

Ein Blick in das Strafregister dieses Bodecker zeigt, daß er zum nationalsozialistischen Agitator besonders berufen ist. Er wurde nach dem Kriege zweimal wegen Diebstahls mit 25 Mark Geldstrafe, bzw. vier Wochen Gefängnis bestraft, wegen Betrügens erhielt er eine Woche Haft und wegen Unterschlagung in fünf Fällen ein bis drei Monate Gefängnis. Seine letzte Strafe hat er im Herbst 1929 verbüßt. Seitdem wird er für die Nationalsozialistische Arbeiterpartei gegen Judentum und Republik.

Ernst Friedrich verhaftet

Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: Am Sonnabend, dem 5. April, wurde der Schriftsteller und Drucker Ernst Friedrich, Gründer und Inhaber des Antikriegsmuseums sowie Herausgeber der eingegangenen anarchistischen Wochenchrift „Die schwarze Fahne“, Parochialstraße 29, festgenommen.

Friedrich war nach den angestellten Ermittlungen der politischen Polizei dringend verdächtig, kommunistische Zerkungsschriften für die Polizei und Reichswehr, wie „Der Polizeioffizier“, „Alarm“, „Polizeibeamte“, „Grenzbeamte“, „Beamte des Reichswasserfiskus und der Bahnpolizei“, „Soldaten der Reichswehr“, „An die Laterne“ usw. bis in die letzte Zeit hinein gedruckt zu haben. Bei der Durchsuchung seines Hauses wurde Beweismaterial dafür vorgefunden, daß er außer den vorbenannten Zerkungsschriften auch alle bisher erschienenen illegalen Nummern der Zeitung „Die rote Front“, Organ des aufgelösten Rotfrontkämpferbundes, gedruckt hat. Das Druckmaterial hat er teils aus einem Sechsmaschinenbetrieb in der Stalher Straße, teils von anderer Seite, bezogen. Er hat das Druckmaterial sodann aus eigenen Beständen ergänzt und die Zerkungsschriften jedesmal in größerer Auflage in seiner eigenen Druckerei nachts selbst gedruckt. Alle Druckschriften trugen entweder einen fingierten oder gar keinen Presserwerb. Friedrich hielt sich auf seiner Motorjacht „Seezäuber“ auf dem Humberseeburger See auf und hatte 800 Liter Brennstoff gelant. Er hatte die Absicht, sich mit seiner Jacht nach Breslau zu begeben. Kurz vor seiner Abfahrt konnte er von Beamten der politischen Polizei unter Mitwirkung des Reichswasserfiskus festgenommen werden. Auch an Bord wurde belastendes Beweismaterial vorgefunden und beschlagnahmt. Bezüglich der von Friedrich hergestellten illegalen Zerkungsschriften und der regelmäßig illegal erschienenen Zeitung „Die rote Front“ schweben beim Oberreichsanwalt und bei anderen Gerichtsbehörden zahlreiche Verfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat, Aufreizung zum Klassenhaß, Aufzorderung zur Begehung strafbarer Handlungen und Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze und Anordnungen der Obrigkeit. Friedrich wurde dem Vernehmungsrichter zugeführt, der Haftbefehl gegen ihn erlassen hat.

Es ist dieses die dritte Druckerei, die innerhalb kurzer Frist wegen Herstellung der zur Zerkung der Schutzpolizei und Reichswehr bestimmten illegalen Druckschriften von der Polizei ermittelt, ausgehoben und überführt worden ist.

Merkel vor dem Ausschluß

Die Abfägung Merklers als Leiter der R.P.D. Gewerkschaftspolitik begleitet die kommunistische Parteipresse mit handwurmartigen Entschuldigungen und Vertarnteln. An ihnen ist bemerkenswert, daß Merkel keine Kalkulation nicht ohne weiteres hingenommen und in einem Telegramm an die Exekutive dagegen protestiert hat. In diesem Telegramm werden die Thälmann-Kemmerle-Beschuldigung, von der revolutionären Linie abgewichen zu sein und die Position des Brandertismus bezogen zu haben. Das Telegramm ist von verschiedenen Berliner R.P.D.-Funktionären unterzeichnet. Das kommunistische Zentralkomitee bezeichnet Merklers Hilferuf nach Moskau in einer Entschlieung als einen „fraktionellen Vorstoß“. Bildung von Fraktionen sei jedoch unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei! Wenn Merkel nicht sofort bedingungslos die begangenen Fehler anerkenne, so trete automatisch der Ausschluß in Kraft. Vorerst wurde der bisherige Gewerkschaftsleiter der R.P.D. aus der Zentrale hinausgeworfen und zur Parlamentsarbeit (in der R.P.D. „Strafkompanie“ genannt) kommandiert.

Inzwischen ist gegen Merklers Gruppe von der Berliner Bezirksleitung das Untersuchungsverfahren mit dem Ziel des Ausschlusses eingeleitet.

Der Frankenfällscher amnestiert

Wien, 7. April. (Eigener Drahtbericht.)

Der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ wird aus Budapest berichtet: Die Regierung Bethlen hat nun die Affäre Windischgrätz endgültig liquidiert. Unter völliger Uebergangung der Deffentlichkeit ist Windischgrätz, der nach dem Frankenfällschungsprozeß wegen einer angeblichen Krankheit auf freien Fuß gesetzt wurde, amnestiert worden. Ein militärisches Ehrengericht hat inzwischen festgestellt, daß er keine ehrenrührigen Handlungen begangen hat und ihm eine große Entschädigung vom ungarischen Staat gebührt. Jetzt verlangt Windischgrätz nicht weniger als vier Millionen Pengö, das sind etwa 2 1/2 Millionen Mark, als Entschädigung und droht mit einem Prozeß.

Mit dieser Wendung der Affäre Windischgrätz hängen gewisse Aenderungen der ungarischen Innenpolitik zusammen. Da ein Teil des ungarischen Offizierskorps unter Führung des Oberkommandanten Jantg sich mit der Rehabilitierung des Prinzen Windischgrätz nicht abfinden wollte, mußte Jantg zurücktreten. Gömbös, der frühere Kriegsminister, wurde dann mit der Reorganisation und Leitung der Armee betraut.

Dazu bemerkt die Wiener „Arbeiter-Zeitung“: Wie der Aufstieg des Gömbös mit der Frankenfällschungsaffäre seinen Anfang genommen hat, so findet er mit der Rehabilitierung des Frankenfällschers seine Fortsetzung.

Sozialistische Demonstration in Madrid

Madrid, 7. April. (Eig. Drahtbericht.)

In Madrid fand am Sonntag im Theatre Grävina eine von den spanischen Sozialisten zu Ehren des bekannten Sozialistenführers Pablo Iglesias veranstaltete Massenversammlung statt, an der auch Delegierte ausländischer Sozialistenverbände teilnahmen. Die Redner betonten, daß Spanien heute nur dem äußeren Anschein nach in ein Stadium normaler politischer Entwicklung getreten sei. Selbst unter der Diktatur habe Spanien nicht eine so schwere politische Krise durchgemacht wie jetzt. Es sei nicht zu glauben, daß es bald zu den heiß ersehnten Wahlen kommen werde, und selbst wenn dies geschehen sollte, so würden die Wahlergebnisse gesätigt werden.

Im Anschluß an die Versammlung bildeten sich verschiedene Demonstrationzüge. Eine Gruppe jugendlicher Sozialisten, die die Internationale antimmte, wurde von Polizeitruppen gewaltsam zerstreut. Drei Personen wurden verhaftet.

Stalin beantwortet zehn Fragen

Stalins Artikel über „Erfolgsstauung“ in der Kollektivbewegung, der zu einer verhängnisvollen Ueberführung und fehlerhaften Durchführung dieser von der Sowjetregierung bekanntlich als besonders wichtig bezeichneten Maßnahmen geführt hat, findet eine Fortsetzung in einem offenen Brief Stalins an zahlreiche Parteigenossen, die bei der Kollektivierung der Landwirtschaft tätig sind. Stalin legt sich zu dieser Veröffentlichung veranlaßt, weil die Zahl der Briefe mit Fragen aller Art, die an seinen ersten Artikel anknüpfen, so groß geworden ist, daß eine Beantwortung jedes einzelnen Briefes nicht mehr möglich war. Stalin entnimmt daher dem gesamten Briefmaterial die zehn ihm am wichtigsten erscheinenden Fragen und beantwortet sie in folgender Weise: auf die erste Frage nach der „Ursache der Fehler im Bauernproblem“ gibt Stalin die Antwort, daß die falsche Behandlung des „Mittelbauern“ und die Anwendung von Gewaltmaßnahmen gegen ihn, die nur den Kulaken treffen sollen, als Grundfehler anzusehen sei. Man verzögere, daß die Anwendung von Gewalt, die im Kampf mit unfernen Klassenfeinden notwendig und nützlich ist, im Verhältnis zum Mittelbauern unzulässig und verderblich wirkt. Die zweite Frage nach den Hauptfehlern bei der Kollektivierung findet die Antwort: die Verletzung des Grundgesetzes, daß die Bauern nur freiwillig und ohne Zwang in die Kollektivwirtschaften eintreten sollten, sei hier der schwerste Fehler. Die folgende Frage nach der Ursache dieser Fehler beantwortet Stalin mit dem Hinweis auf das „maßlose Selbstgefühl“ vieler Parteimitglieder, welches das Zentralkomitee zu den bekannten Klagen und neuen Richtlinien veranlaßt habe. Es folgt die Frage, ob diese Richtlinien nicht einen Rückzug bedeuten, was Stalin mit größtem Nachdruck verneint; eine Korrektur von Fehlern sei kein Rückzug. Die fünfte Frage nach der gegenwärtigen „Hauptaufgabe“ erhält die Antwort, daß diese nach wie vor in der „opportunistischen Rechtsopposition“ zu sehen sei. Die sechste Frage betrifft die Beurteilung des Abströmens der Bauern aus den Kollektivwirtschaften. Stalin antwortet, daß diese Bewegung zum Stehen kommen werde, sobald die „künstlich aufgeblassenen“ Kollektivwirtschaften verschwinden, denn die auf sicherer Grundlage errichteten würden bleiben und die Bauern halten. Hieran schließt sich die Frage, ob die Austritte der Bauern aus den Kollektivwirtschaften gebilligt werden können, was Stalin verneint. Er bemüht sich zugleich darzulegen, daß die Bauern durch ein solches Abströmen sich selbst am meisten schaden, denn nach Befreiung aller Fehler würden die Kollektive den Bauern doch „aus Not und Unwissenheit herausführen“. Zur Frage über das weitere Schicksal der Kommunen (in denen alles vergesellschaftet ist) erklärt Stalin, daß die einmal eingetretene auch nicht aufgelöst werden sollten. Die neunte Frage betrifft das heikle und wichtige Kulakenproblem. Dazu erklärt Stalin, daß in dieser Frage von irgend einer Nachgiebigkeit nicht die Rede sein dürfe. Die „Liquidierung der Kulaken als Klasse“ sei einmal beschlossen und sie müsse und werde durchgeführt werden. Die letzte Frage nach der „nächsten praktischen Aufgabe der Kollektive“ beantwortet Stalin dahin, daß sie vor allem die Fünfjahreskampagne durchzuführen hätten. Die Fragen sowie die große Zahl der Fragesteller zeigen den starken und zum Teil auch verzerrten Eindruck, den der berühmte geborene „Erfolgsstauung“-Artikel gemacht hat. Darauf weist auch ein Leitartikel der „Pravda“ hin, der gegen „Verwirrung und Mißverständnisse“ gerichtet ist und ebenfalls betont, daß es sich nur um eine Beichtigung von Fehlern und nicht um einen Rückzug in der Kollektivierung handle.

Gandhis Aktion

New Delhi, 7. April. (Eigener Drahtbericht.)

Während der Führer des passiven Widerstandes in Indien, Mahatma Gandhi, von der Polizei auch am Montag nicht belästigt wurde, gehen die Behörden gegen Gandhis Anhänger mit aller Schärfe des Gesetzes vor. In Nat, in der Nähe von Dand, kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Gandhis Anhängern und der Polizei, die die Ablieferung dieses Salzes verlangte. Im Verlauf des Zusammenstoßes wurden zwei Anhänger Gandhis leicht verletzt, sowie zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Gandhi hat sich daraufhin entschlossen, sich seinerorts nach Nat zu begeben und dort Salz zu fördern. Es ist offenkundig, daß Gandhi die Behörden zwingen will, ihn zu verhaften. Am Montag forderte er die Dorfbewohner in einer Postkarte auf, mit ihm in Nat Salz zu fördern und das erzwungene Salz auch dann nicht aus der Hand zu geben, wenn die Polizei gewalttätig vorgehen sollte.

Wegen der Vorgänge in Indien interpelliert, erklärte der Minister für Indien, Benn, im Unterhaus, daß Gandhis Zug „eine gewisse Erregung“ hervorgerufen habe, daß sich jedoch in Indien „wenig allgemeines Interesse“ dem Zuge zugewandt habe. Da die Verletzung des Salzgesetzes erst jetzt begonnen habe, sei es zu früh, über die Wirkungen der Aktionen Gandhis irgendeine Rechenschaft zu geben.

Die letzten Vorbereitungen für die IZV.

Paris, 8. April (Eigener Funkbericht.)

Der Aufsichtsrat der Internationalen Zahlungsbank tritt Ende dieser Woche in Basel zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. In ihr wird vor allem der amerikanische Bankier Mac Carragh zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats und der stellvertretende Gouverneur der Bank von Frankreich, Quenay, zum Generaldirektor der Bank gewählt werden. Gleichzeitig werden die letzten Dispositionen für die Geschäftsaufnahme des Instituts am 1. Mai getroffen werden. Die Emission der ersten Reparationsanleihe wird, wie der französische Finanzminister am Montag mitteilte, noch in der ersten Maiwoche beginnen. Nach dem Stand der bisherigen Verhandlungen dürfte man erwarten, daß die Zeichnung in wenigen Tagen erfolgt sein werde.

Wasserstand

Kaltsee.....	7.4	8.4	Rhein (Unter-Regel) ...	7.4	8.4
Reife (Stadt).....	1.96	2.02	Danaburg.....	2.50	2.60
Reife (Land).....	0.40	0.40	Wittenberg.....	1.77	2.05
Reife (Land).....	1.93	2.10	Wittenberg (Schiff).....	1.74	1.20
Reife (Land).....	2.80	2.70	Küstenberg 7.4.....	0.67	
Reife.....	1.18	1.68	Wasserwärme + 7.8°		

Werbt ständig für unsere Zeitung!

Wie neu lackiert glänzt jedes Türchen
Mit VIM geht's Saubern wie am Schnürchen!
SUNLICHT GESELLSCHAFT A.G. MANNHEIM
PUTZT ALLES

Stadt-Theater
(Opernhaus)
Dienstag
20 bis nach 22,45 Uhr:
Abend-Vorstellung F 18
Ein Maskenball
Mittwoch
20 bis nach 22,30 Uhr:
Abend-Vorstellung G 10
Anführung
in Anwesenheit
des Komponisten
Schuld und Sühne
Donnerstag
20 bis nach 22,30 Uhr:
Tiefland 1075

Lobe-Theater
Telefon 68747
Täglich 20,15 - 21,45:
Musik.

Thalia-Theater
Täglich 20,15 - 22,15:
Viel Lärm um Nichts

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. 36300
Heute Dienstag
u. Mittwoch 8 Uhr
Letzte 2 Vorstellungen

**Das Land
des Lächelns**

Donnerstag, den 10.,
8 Uhr:
Première
Hotel
Stadt Lemberg
Sonntag nachm. 4 Uhr:
Osterhäseleins
Zauberkiepe

Gebrauchte Möbel
Auszieh-Tisch, Klur-
garderobe, Klein-Schrank,
einzelne Bettstellen, Wasch-
tisch, Nachttisch, Klub-
lampe billig zu verkaufen
S. Brandt & Co.
Gartenstraße 65, I.

Parteilreunde
kaufen Bahnhöfen,
verlangt in Hotels,
Restaurants, Cafés
steht die
Volkswacht

Betten Deckbetten
15, 18, 25 Mt.
Kissen 5, 6, 7, 50 Mt., rote
Inletts verkauft 1321
Reihhaus Weisnerstr. 12, I.

**Der
Wahre
Jacob**

Sozialdemokratisches
Witzblatt. Zu haben
in den Volkswacht-
Buchhandlungen und
bei den Zeitung-
trägern
Preis 30 Pf.

Chaiselongues
in solider Verarbeitung,
NM. 48,00
S. Brandt & Co.
Gartenstraße 65, I.

Die „Frauenwelt“
den Frauen zum Lesen,
Denken und Schönen!
Frauenwelt
Eine Halbmonatsschrift
für die Frau
des schaffenden Volkes.
Preis 35 Pf.
Zu bestellen
bei all. Zeitungsträgern



**Morgen:
Einmalige
Gelegenheit**

Zirka 60 bis 65 cm breite
Etamine-Landhausgardinen
weiß und weiß mit bunten wasch-
echten Streifen, mit Volant **48 Pf.**
Meter 78, 65

Der gute
Stragula-Fußboden-Belag
zum Ausleg. von Zimmern, Küchen, Korridoren
usw. in vielen Mustern und
Farben, zirka 183 cm breit
Quadratmeter **1.75**

Große Mengen
Künstler-Garnituren
3 teilig, in vielen mod. Mustern
und nur guten empfehlenswerten
Qualitäten. Garnitur **6,95, 3,50** **1.95**

Mehrere tausend Meter, 140 cm breiter
ganz schwerer
Rohnessel
für Bettwäsche, Leib- und Berufs-
wäsche, Sonnenvorhänge, Bettlaken
etc. besonders geeignet, mit kleinen
Schönheitsflecken. Meter **88 Pf.**

1 Quantum 130x160 cm große
ganz schwere, halbleinene
Damast-Tischtücher
in ps. Hausmacher-Qualität, in
aparten neuen Mustern, zum Aus-
suchen! durchweg Stück **3.95**

Vollgebleichte
Damast-Handtücher
Größe 45/100, gesäumt und geb.,
in ganz hervorragenden Qualitäten
und vielen Mustern. Stück **68 Pf.**

Einige 100 Paar
Kunstseide mit Flor plattierte
Ersatzfüße
moderfarbig, in guter, halbar. Qual.
mit kleinen, unwesentlichen We-
bfehlern. durchweg Paar **28 Pf.**

2000 Stück
Hemdenpassen
s. Klöppelspitz, in neuartigen,
schönen Mustern mit reich. Glanz-
garnverzierung St. 45, 35, 25, 18
durchw. Stücker., in sehr schönen
Gitter- und Filetmustern, gebogen
od. mit gerader Kante St. 55, 45, 35 **15 Pf.**
30 Pf.

In großem Farbensortiment
reinwollener
Crêpe Caid **1.48**
ca. 70 cm breit. Meter

Weiße
Herr.-Trikoteinsatzhemden
mit schönen modernen Einsätzen,
in allen Größen, zum Aus-
suchen. Stück **1.50**

Extra-große
Frauen-Gummi-Hauschürzen
einfarbig, braun, grau u. blau, ganz
starke, haltb. Qual., m. eingestanz.
Trägern u. Bändern, das Idealste für
Haus u. Küche. durchweg Stück **1.25**



unentbehrlich

für die jetzige Jahreszeit —
der warme Pullover u. das Strickkleid

Damen - Pullover
aus Wolle mit Kunstseide,
in reizenden Farbstellungen,
Grundfarben: weiß-lachs, weiß-
rosé, weiß-bleu und weiß-marine

3.90

Strick-Kleider
mit Kragen, besonders gute rein-
wollene Qualität Aparte Bordüren
in den Farben rot, mode, marine
und rosé, Größe 40 bis 48

19.50

Rudolf Ietersdorff
BRESLAU-OHLAUERSTRASSE-SCHUHBRÜCKE

Am 1. April habe ich das
**Terrassenrestaurant
Oderschlöbchen**
übernommen. Gestützt auf langjährige Erfahrungen
wird es mein Bestreben sein, das Oderschlöbchen
in derselben Weise wie mein Vorgänger zu führen,
und ich bitte daher, das meinem Vorgänger ge-
schenkte Vertrauen auf mich übertragen zu wollen.
P. Hötzel

Neu eröffnet! **Jeden alten Hut**
für Damen und Herren
färbt, presst, reinigt, bügelt
die

Hufklinik Blücherplatz 20
Ecke Ring
zu besonders billigen Preisen in 3-4 Tagen
nach modernsten Modellen.
Unser Schauenster zeigt Ihnen, wie wir arbeiten.

Bei Kauf eines neuen Hutes bis Ostern von 6.- Mk. an
wird ein alter Hut gratis umgepresst!

Wie der Weltkrieg entstand.
Das amtliche Mitteilungsblatt und
die Randbemerkungen des Kaisers
180 Seiten Preis nur 60 Pf.
Volkswacht - Buchhandlung.

WAPPENHOF
Heute Dienstag sowie täglich:
Nachmittags - Varieté - Vorstellung
Programm bis 15. April:
Lya Hessel, internationaler Tanzstar, und Maja
Stern, Solotänzerin; H. Ballour, komischer Musikal-
akt; Tokio-Murati, die besten japanischen Anti-
poden und Sensationen am Schrägseil; 2 Pöttay,
Luftsensationsakt; Popl Ganzer, originelle Parodien
und Imitationen auf der Mundharmonika; 2 Rolands,
phänomenale Equilibristen; Willy Hampel, der aus-
gezeichnete Komiker und Humorist; Tambo & Tambo,
tadelhafter Jongleurakt und Tambourines; A. Peters,
Todesspiel im Kronleuchter.
Einlaß 2 Uhr, Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vor-
stellung 7,45 Uhr. — Ab 8 Uhr:
Abendvorstellung mit Ball
2 Kapellen. Eintritt einschl. Ball 50 Pf.

Wohnungen
Ein kleines
leeres Zimmer
ist zu vermieten bei
Heinze, Grimmelstraße 14
Junges Ehepaar
sucht Wohnung
Nähe Breslau
Richard Brunke
Zweibrüdt bei Klettenberg.

Wer tauscht
Gute, sonnige 2st. Stube,
helle Lichtverhältnisse mit Gas,
leht Miete 21 Mt., Ohlauer
Tor, gegen etwas größere
Wegend gleich. Offert. unter
B. 780 an die Geschäftsstelle
dieser Zeitung erbeten.

leersteh. Zimmer
mit Kachel, od. Schlafstelle.
Off. unt. B. 779 an die
Geschäftsst. d. Ztg. erbet.

Kleine Anzeigen
Jedoch nicht über 25 Wt.
monatlich. Offerten mit
Preisang. unt. A. 942
a. d. Geschäftsst. d. Ztg. erb.

Breslauer Nachrichten

Neue Stilllegung in Breslau

Schließung der Eisenbahn-Betriebswerkstatt Oberdorfer 350 Arbeiter sollen entlassen werden

Wir wie bereits Sonnabend kurz meldeten, soll die Eisenbahn-Betriebswerkstatt Breslau-Oberdorfer geschlossen werden...

Was wird aus den 350 beschäftigungslos werdenden? Meist handelt es sich um Metallarbeiter, die bei der darniederliegenden Metallindustrie in Breslau kaum noch Aussicht haben...

Gerade die Reichsbahn hat in der letzten Zeit hinreichend bewiesen, daß sie in rücksichtsloser Weise immer da vorgreift, wo sich um Arbeiter handelt...

Sagasser übernimmt das Liebich-Theater

Weitere Konzentration im Breslauer Vergnügungsgewerbe

Am Sonntag sind Verhandlungen zwischen der Firma Schuch & Söhne, der Inhaberin des weitbekannten Liebich-Theaters...

Da sich das Liebich-Theater als internationale Varietébühne erweist, hat es sich entschieden, daß sich die Breslauer Presse...

Da es sich bei einem guten Varietë immer noch um ein Unternehmen des Vergnügungsgewerbes handelt, das sich auch in Arbeiterkreisen...

Bemerkenswert ist, daß sich Sagasser auch mehr und mehr wirtschaftlich unabhängig macht. In dem zu einem Nebenbetrieb...

Wit der Eingliederung des Liebich-Theaters in die Sagasser-Betriebe...

Ein trauriger Ausgang nahm gestern das ziemlich verheerete Kinderpiel mit Pfeil und Bogen...

Dieser Unfall sollte allen Eltern Veranlassung geben, ihren Spielwerkzeugen mit dem größten Mißtrauen zu begegnen...

Kommunistische „Einheitsfront“ in der Neubaumieterbewegung

Aber mit wem?

Unter der Wohnungsnot leiden ausschließlich die minderbemittelten Volksschichten. Es ist deswegen selbstverständlich, daß die proletarischen Verbände...

Unsere Parteigenossen betreiben mit Recht in der Neubaumieterbewegung führende Funktionen. Nur die Sozialdemokratische Partei ist ja die Partei, die auf Grund ihrer sozialistischen Struktur...

Welche Arbeit ist zu leisten?

Hier steht nun die sehr schwere Aufgabe unserer in der Neubaumieterbewegung tätigen Genossen ein. Einmal ist an der Mitgliedschaft eine sehr gründliche Erziehungsarbeit zu leisten...

Die Arbeit unserer Genossen hat auch ihre Erfolge gezeigt. Trotzdem sich die Mitgliedschaft in der Hauptsache nicht aus Angehörigen oder Freunden unserer Partei zusammensetzt...

Diese sachlichen Erfolge unserer Arbeit passen natürlich nicht unseren „Freunden“ von links in ihren Kränzen. Bisher haben wir im Interesse der Mieter zu dem geschwiegen...

Wenn ein Proletarier Hunger hat

Not und Elend waren bei dem Arbeiter Z. ständiger Gast, da er eine zahlreiche Familie hat und längere Zeit arbeitslos war. Um der Familie mal ein Stück Fleisch zu verschaffen...

Von der Anklage des Amtsverbrechens freigesprochen

Der in Witzig tätige Obergerichtswaldmeister Karl August Bremer war im Jahre 1924 abgebaut worden, da er sich im Amte Vergehungen hatte zuschulden kommen lassen...

einschließlich der wirklichen Faschisten verbunden haben. Also Einheitsfront. Aber um Statins willen nicht, wie es doch aus dem Anfangs gezielten Gründen in der Neubaumieterbewegung notwendig wäre...

Was ist nun in Zimpel los?

Länger als ein Jahr war in dem dortigen Neubaumieterverein ein Herr Zendrikt Vorsitzender. Dieser Herr war auch auf einige Zeit Inhaber eines Mitgliedsbuches unserer Partei. Trotzdem erzählen Genossen, die diesen Herrn näher kennen...

Unsere Genossen in den Siedlungen aber müssen erkennen, daß sie mehr denn je in der Neubaumieterbewegung mitarbeiten müssen...

Kriminal-Rohportage

Mit dem sehr angehenden Thema „Auf den Spuren des internationalen Verbrechertums“ fand am Sonnabend im Capitol eine Nachtveranstaltung statt...

Wenn ein Proletarier Hunger hat

schuldig gemacht haben. In den einzelnen Fällen handelte es sich nur um ganz geringe Beträge von 20 bis 40 Pf., einige Male auch bis zu 14 Mark; aber es war doch eine Gesamtsumme von 300 bis 400 Mark herausgerechnet worden...

Gewässer Streich freigesprochen

Das Eisenbahnunglück bei Breslau

Der Oberzugführer Julius Streich wurde gestern vor der 5. Strafkammer des Breslauer Landgerichts als Berufungsinstant von der Anklage der fahrlässigen Tötung, der fahrlässigen Körperverletzung und der Transportgefährdung im Beruf freigesprochen.

Das Schöffengericht hatte Streich, wie unseren Lesern innerlich, zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, ihm aber eine Bewährungsfrist bewilligt. Streich war der Zugführer, der in der Nacht zum 15. August 1929 jenen Unglücks-Triebwagen führte, der in der Nähe von Breslau mit einem anderen Zuge zusammenstieß, wobei Reisende getötet und 13 verletzt wurden. Er hatte schon in erster Instanz angegeben, daß er sich an den eigentlichen Vorgang nicht erinnern könne; er müsse wohl in dem Moment, als der Zugszusammenstoß erfolgte, aus irgendeinem nicht geklärten Anlaß nicht bei Bewußtsein gewesen sein. Tatsächlich war es auch unverständlich, wie ein Mann, der 24 Jahre im Dienste der Eisenbahn stand, und dem allseitig das beste Zeugnis ausgestellt wird, bei klarem Verstande zwei deutlich sichtbare Haltesignale überfahren haben sollte. Ein Vorzeichen bestand sich etwa 700 Meter vor der Abzweigung einer Fernbahn, ein zweites Signal 200 Meter hiervon entfernt, beide waren auf „Stopp“ gezogen und beide überfuhr Streich mit voller Geschwindigkeit, so daß er mit dem Personenzug Breslau—Tschelmitz zusammenstieß. Die Wirkung des Zusammenstoßes war bekanntlich eine furchtbare. Die Lokomotive des Personenzuges hatte sich direkt in den Triebwagenzug hineingedrückt. Streich selbst ist offenbar noch zurückgesprungen, so daß er dem sicheren Tode entging, er aber doch sehr schwer verletzt wurde. Nur dem Umstand, daß die unmittelbare hinter dem Triebwagen befindliche 2. Wagenklasse unbesetzt war, ist es zu verdanken, daß die Zahl der Todesopfer nicht größer ist. Dagegen erlitten 13 Fahrgäste z. T. schwere Verletzungen.

Streich hatte seinerzeit angeführt, daß er schon am Abend vorher unter Kopfschmerzen gelitten habe. Diese mühten offenbar im Augenblick des Überfahrens der Haltesignale so stark gewesen sein müssen, daß er vorübergehend das Bewußtsein verlor. Durch die Beweisaufnahme wurde in beiden Instanzen bestätigt, daß er zu Kollegen davon gesprochen hatte, es sei ihm nicht wohl. Um sich ein Bild von der Führung eines Triebwagens machen zu können, begab sich die Strafkammer und alle Prozessbeteiligten nach dem Hauptbahnhof, wo entsprechende Besichtigungen vorgenommen wurden. Es war insofern von Wichtigkeit, als Streich erklärt hatte, daß er infolge eines Ohnmachtsanfalles mit seinem Körpergewicht wohl auf den „Totenmannknopf“ gedrückt und auf diese Weise unwirksam gemacht habe. Dieser Knopf ist eine Sicherung, die darin besteht, daß der Zugführer während der ganzen Fahrt dauernd auf den Knopf drücken muß. In dem Moment, wo er losläßt, wird der Wagen gebremst. Damit soll das sogenannte Einmannsystem, die Tatsache der einseitigen Besetzung des überaus verantwortlichen Führerpostens gerechtfertigt werden. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft nahm in der Berufungsverhandlung den sehr hypothetischen Standpunkt ein, daß wenn die allwissende Reichsbahn den Totenmannknopf eingeführt habe, dies sozusagen hundertprozentige Betriebssicherheit verbürge, gab aber doch zu, daß möglicherweise der Vorfall so gekommen sein könne, wie Streich es darstellte. Aber dann hätte dieser doch fahrlässig gehandelt, denn er hätte die Fahrt nicht antreten dürfen, wenn er Kopfschmerzen gehabt habe. Schade, daß man Staatsanwälte nicht zeitweise als Zugführer bei der Reichsbahn beschäftigen kann. Sie würden wertvolle Erkenntnisse darüber sammeln wie gerne und freudig das Krankmelden begrüßt wird, wie gerne und selbstverständlich sich Bedienstete wegen Kopfschmerz (!) krank melden. Immerhin nahm der Anklagevertreter seine Berufung gegen das angeblich zu niedrige Strafmaß zurück, beantragte jedoch natürlich auch die Verwerfung der Berufung des Angeklagten.

Dem Grundsatz „im Zweifel für den Angeklagten“ folgen wurde Streich jedoch freigesprochen. Das Berufungsgericht anerkannte, daß die Möglichkeit nicht verneint werden könne, daß Streichs Bewußtsein vorübergehend getrübt gewesen sei und konnte sich nicht davon überzeugen, daß Streich, dem von allen Seiten das beste Zeugnis ausgestellt werde, wirklich bei Bewußtsein, also aus Fahrlässigkeit, die Signale überfahren habe. Mit überflüssiger Zurückhaltung gegenüber der Reichsbahn wurde in der Urteilsbegründung noch betont, die Notwendigkeit eines zweiten Führers solle damit nicht behauptet werden, denn in dem Unglückswagen sei ja ein zweiter Mann, der getötete Schaffner Madei, vorhanden, wenn auch im kritischen Moment nicht am Führerstand gewesen. Die öffentliche Meinung wird sich dieser vorsichtigen Stellungnahme nicht anschließen, sondern fordern müssen, daß die niemals hundertprozentige technisch-mechanische Sicherung der Triebwagen auch in der Person besteht, d. h. der Wagenführer niemals allein gelassen werde.

Groß-Möbbern. Eingangs der letzten Gemeindevorstellung am 1. April erfolgte die Verpflichtung des nachrückenden Vertreters, Genossen Friedrich Küffler. Bei der Beratung des diesjährigen Haushaltsplans, gegen welchen die bürgerliche Seite sehr zu Felde zog, kam es zu erheiterten Szenen, als die hilflosen, mitunter auch demagogischen Einwände eines bürgerlichen Vertreters vom Gemeindevorsteher und unseren Genossen Gatz zurückgewiesen worden mußten. Der Bürgerverein glaubte gegen den Vorschlag aktiv vorgehen zu müssen, indem er einen Protest gegen die Erhöhung um 50 Prozent zur Grundvermögenssteuer verfertigte, und alle Grundbesitzer, wie auch Leute, die gar keine Steuern zahlen, aufforderte, zu unterschreiben. Heiterkeit löste es aus, als vom Gemeindevorsteher festgestellt wurde, daß einige Unterschriften nachträglich gar nicht wußten, um was es sich in dem Schreiben gehandelt hatte. Die Tendenz der bürgerlichen Vertreter und Körperschaften, denen ebenfalls ein Vorschlag zur Milderung überhand wurde, waren für Kürzung der Ausgaben im Titel Wohlfahrtspflege, die ihnen von jeder Seite im Auge stand, sie wurden aber von unseren Genossen heftig belächelt, daß in einer Gemeinde mit etwa 300 Erwerbstätigen und andernd 100 Sozial- und Kleinrentnern usw. es unverständlich gehandelt wäre, durch eine Streichung bei dieser Position, das Glanz der Hilfsbedürftigen noch weiter zu vergrößern. Da die Erhöhung um 50 Prozent der Grundvermögenssteuer auch die Kleinrentner der Gemeinde betrifft, konnten sich unsere Genossen schwer damit anfinden, und schlugen vor, den Betrag der dem Titel Finanzverwaltung zugewandten

In Anbetracht der vorgerückten Zeit und der noch bestehenden Bedenken wurde die Sitzung dann auf Freitag vertagt. — In der Freitagssitzung führte sich wiederum der bürgerliche Vertreter, welcher sich in die Rolle eines Leiters der Gemeinde Groß-Möbbern verlegt fühlte, auf den Haushaltsplan und wünscht die Streichung der eingeleiteten Gelder für das Gemeinde-Stiedlungshaus. Er mußte aber belehrt werden, daß man mit einer solchen Theorie die am Ort herrschende große Wohnungsnot nicht beseitigt. Nach diesem für und Wieder wurde der Haushaltsplan in Einnahme und Ausgabe mit 145 772,— Rmf. gegen eine Stimme angenommen. Das Abstimmungsergebnis löste nach der Feststellung gleichfalls Heiterkeit aus, da der bürgerliche Vertreter gegen den einstimmigen Beschluß protestierte, obwohl er bei der Feststellung keinen Widerspruch erhoben hatte. — Die Wahl eines Schiedsmannes wurde einstimmig erledigt und fiel auf den Lehrer Anders l. M. Bei der Wahl des Schulvorstandes stand es einige man sich dahin, daß der alte Schulvorstand wiedergewählt wurde. Er setzt sich zusammen aus den Genossen

Zug. Stiller und Köfler und den bürgerlichen Herren Friedrich und Alfons Klose. — In den Amtsausschüssen wurden die Genossen August Scholz und Richard Prauß gewählt. — Einstimmig wurde die Selbsthaltung der öffentlichen Wohnraumbewirtschaftung beschlossen. — Ferner wurde 3 Anträgen auf Stundung bzw. Ratenszahlung von Gemeindesteuern stattgegeben.

Neumarkt. Aus der Partei. In der letzten Mitgliederversammlung wurde zur Massier Stellung genommen. Das Programm wird im Einvernehmen mit dem Ortsrat noch bekanntgegeben. Des weiteren wurde über Jugendfragen gesprochen.

Wangern. Vom Wagen gestürzt. Am Sonnabend stürzte auf der Kunststraße Kraula und Alt-Schleier der Ruffher Tischler von einem mit Bohlen beladenen Wagen und verletzte sich so schwer, daß er auf dem Transport ins Krankenhaus verstarb. Tischler hinterläßt eine Frau und drei unmlündige Kinder.

Vanisch. Am Mittwoch, den 9. April, 20 Uhr, im Lokal Dohrke, Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Dr. Korn-Steine.

Oppersau. Am Mittwoch, den 9. April, 20 Uhr, im Lokal Nittstedt, Mitgliederversammlung. Redner: Genosse H. Kleinert, M. d. L.

Mädchenmord im Kreise Glogau

Gestern vormittag meldete der Landjägermeister Kühn aus Marij Kreis Glogau, daß in einer Sandgrube bei Wühlhellen ein Mädchen ermordet aufgefunden worden war. Die Mordkommission der Plegitzer Kriminalpolizei stellt fest, daß es sich um die sechzehnjährige Tochter des Gemeindevorstehers Häbner in Wühlhellen handelte.

Gertrud Häbner hatte am Sonntag ihren verheirateten Bruder in Meschau besucht und war gegen 17.45 Uhr auf ihrem Fahrrad wieder weggefahren. Der Mörder muß das Mädchen auf dem Fußweg, der vor der Heeresstraße bei Kaltenbriesnitz abzweigt, vom Fahrrad gerissen haben. Da der Boden völlig zerstampft war, hat offenbar ein Kampf auf Tod und Leben zwischen dem Mörder und seinem Opfer stattgefunden. Auf dem Weg fand man noch eine Haarpange. Die Leiche des Mädchens schlupperte der Mörder offenbar in die 20 Meter entfernte Sandgrube, wo man sie mit dem Kopf nach unten liegend aufsand. Der linke Arm der Toten war mit Felssteinen besetzt und der Mantel über den Kopf weggezogen. Da Handtasche und Fahrrad fehlen, nahm man zuerst Raubmord an. Die Mutter des ermordeten Mädchens war schon beunruhigt, als es gegen 19 Uhr nach nicht nach Hause zurückgekehrt war. Sie machte sich auf den Weg nach dem nur zwei Kilometer entfernten Meschau, wo sie aber erfahren mußte, daß ihre Tochter schon abgefahren war. Man machte sich mit Dorfbewohnern auf die Suche, doch wurde die Leiche erst beim Morgengrauen gefunden.

Der Mörder wurde gestern nachmittags in Crossen a. d. O. festgenommen. Er heißt Hoffmann und ist 41 Jahre alt. Er ist der Mann, der das Fahrrad der Ermordeten mitgenommen hatte und mit diesem beobachtet worden war. Die Aufklärung ist einem Radfahrer zu verdanken, der Hoffmann kurze Zeit vor Verübung der Tat auf der Heeresstraße ohne Fahrrad beobachtete und auf der Rückkehr ihn mit einem Kabe kommen sah. Er erstattete auf Grund dieser Beobachtung in Crossen Anzeige, woraus sich die Crossener Polizei Hoffmann festnahm. Vor der Leiche der Er-

mordeten hat er den Mord eingestanden. Er erklärte, die Absicht gehabt zu haben, das Mädchen zu entführen. Infolge der heftigen Gegenwehr des Mädchens habe er sie dann ermordet.

600 Mann in Lebensgefahr

Gewissenlose Rechtfertigung einer Grubenverwaltung

Auf dem Tizinus-Schacht der Laurahütte-Grube in Silesien geriet infolge Verlassens der Wetterführung die sechshundert Mann starke Belegschaft unter Tage in große Lebensgefahr. Vier Mann wurden durch Benzoldämpfe vergiftet aus der Grube geschafft, doch besteht bei ihnen keine Lebensgefahr mehr. Der Betrieb wurde bis zur Behebung des Schadens stillgelegt.

Obgleich die Störung sofort bemerkt wurde, veräumelte es die Betriebsleitung, die erforderlichen Maßnahmen zur Ausfahrt der Belegschaft zu treffen, obwohl eine sofortige Beseitigung der Störung aussichtslos war. Die Beamtenschaft ließ im Gegenteil die Belegschaft vollständig unorientiert und trieb zur weiteren Förderung. Auch eine Meldung nach oben scheint nicht weitergegeben worden zu sein. Die Lokomotivführer der Benzol-Lokomotiven wurden gezwungen, bis in die am äußersten Ende liegenden Feldstelle vorzufahren, um die Förderung heranzuholen. Die 120-, 200- und 300-Meter-Sohle blieb 5 Stunden lang ohne Bewetterung.

Hirschberg. Kraftomnibus abgestürzt. Infolge Verlassens der Steuerung fuhr auf der Straße zwischen Giersdorf und Hermsdorf am Sonntag ein mit 26 jungen Leuten des Fußballklubs Schmiedeberg besetzter Kraftomnibus in einer Kurve in den Straßengraben und stürzte um. Wie durch ein Wunder erlitten von den Insassen nur einige Personen leichte Verletzungen.



Rama im Blauband

doppelt so gut
1 Pfd 50 Pfg
mit Garantie Zeichen für frische Qualität

Gebt den Kindern
oster Kuchen!

„Rama im Blauband“, eine Margarine edelster Qualität, verbilligt das Kuchenbacken wesentlich, ohne auch nur im geringsten den Feingeschmack zu beeinträchtigen. Seht nur der Kleinen Ungeduld: Wäre der Kuchen mit der teuersten Tafelbutter gebacken, besser könnte er nicht munden!

Was sind **30** Pfennige? **1/4 Liter 1929er St. Martiner im Ralffelsen-** (Schoppenstabe)

RATSWEINKELLER

Deutsche Winzerhilfe in die Tat umgesetzt!!

Täglich Ausschank von 9 Uhr früh an Bürgerliches Frühstück ab 60 Pf. Preiswerte Tages- u. Abend-Küche

Familien-Anzeigen

Am 5. April, vormittags 8 1/2 Uhr, entschlief nach langem Leiden unsere gute Mutter, Groß- und Urgroßmutter, die Witwe
Frau Emma Pätzold, geb. Ulber
im Alter von 70 Jahren.
Dies zeigt tiefbetrübt im Namen aller Hinterbliebenen an
Breslau, den 7. April 1930
Gerhard Pätzold als Sohn.
Beerdigung: Mittwoch, 9. April, nachm. 3 1/4 Uhr, von der Halle des St. Paulus-Friedhofes in Cosel.

Am 5. April, abends 6 1/4 Uhr verschied plötzlich und unerwartet unser lieber Vater, Schwiegervater, Großvater und Bruder, der
verw. Lederzuschneider Otto Rosinski
im ehrenvollen Alter von 76 1/2 Jahren.
In tiefstem Schmerz
Breslau, Rüssel, Berlin, den 7. April 1930
Leuthenstr. 21
Die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung: Mittwoch, den 9. April, nachmittags 4 Uhr, von der Kapelle des Coseler Friedhofes nach Teil St. Nikolaus. 9024

Am 5. April verschied nach langer Krankheit mein lieber Gatte und treusorgender Vater, Sohn, Bruder, Schwager, Onkel und Neffe, der
Hausdiener der Universitätsklinik Otto Mallok
im Alter von 46 Jahren.
Breslau, den 8. April 1930.
Hirschstraße 80
In tiefer Trauer
Berta Mallok, geb. Dresler
nebst Kind und Anverwandten.
Beerdigung: Mittwoch, den 9. April, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des St. Bernhardin-Friedhofes in Dürrgoy. 7316

Buchdruckerei Voltswacht Breslau 2
Flurstraße 4/6

zu jeder Gelegenheit und Festlichkeit
Schenke billige und gute Bücher
VOLKSWACHT-BUCHHANDLUNGEN
Neue Graupenstr. 5 / Friedr.-Wilh.-Str. 105 / Flurstr. 4

Gesamverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe.
Am Donnerstag, 3. April, verstarb unser Kollege
Karl Trompke
im Alter von 62 Jahren. 1395
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung Breslau.
Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 1 1/2 Uhr, auf dem Bernhardinfriedhof in Dürrgoy.

Benutze die Buchkarte
Für 50 Pf. wöchentlich
kannst Du Dir geistige Schätze von unermesslichem Wert erwerben!
Wende Dich sofort an unsere
Buchhandlung
Neue Graupenstraße 5

Soeben erschienen
Leo Trotzki:
Wer leitet heute die kommunistische Internationale?
Mit Anhang: Lenins Testament 1.50
Volkswachtbuchhandlungen Breslau
Neue Graupenstraße 5 * Friedrich-Wilhelm-Straße 105 * Flurstraße 4/6

Genossen, deckt Euren Bedarf bei unseren Inserenten!

Molkerei-Produkte

Fernruf 532 95 **Alsen-Molkerei** Fernruf 532 95
Hermann Neugebauer, Alsenstr. 86
Milch, nach dem neuesten Verfahren dauerpasteurisiert, garantiert für Reinheit u. Qualität.

Central-Dampfmolkerei Bettlern
Hermann Walter
Stadtgeschäft: Gabitzstraße 89
Der Neuzeit entsprechende, mustergültige Betriebs- einrichtung :: Spez.: Schlagsahne, Fettkäse u. Quarg.

Molkerei Emanuel Kroll Tel. 592 24
empfiehlt Voll-, Mager- u. Buttermilch, Butter, Weiß- u. Fettkäse in allererster Qualität aus eigener Molkerei. Ferner stets frisch zu den billigsten Tagespreisen alle Spezial-Fett- und Magerkäse in den Geschäften
Alsenstraße 21 und Lehndamm 2.

Verlangen Sie stets und ständig die guten, schmackhaften Molkerei-Erzeugnisse sowie die fetthaltige, tiefgekühlte, wohlbekömmliche Vollmilch der Molkerei
Scheloske & Sohn, Breslau Klein-Tschansch
In sämtlichen durch unsere Plakate gekennzeichneten Spezialgeschäften erhältlich
Fernruf 547 10

Pfandhäuser

Beleihung von Wäsche + Betten + Kleidungsstücken + Gold- u. Silberwaren
Julius Grundmann Trebnitzer Straße 21.

Geld auf Pfänder Leihhaus Rose

Geld auf Pfänder aller Art
Leihhaus Alfred Wanke Nachf. Mariannenstraße 6 I.

Gelegenheitskäufe in Waren aller Art. Teilzahlung gestattet.
Leihhaus Wachtel, Schmiedebücke 64/65, 1. Etg., Tel. 24219.

Kaufhäuser

Oskar Baum Sternstraße 77 Ecke Hedwigstraße
Kleider - Blusen - Röcke - Wäsche - Schürzen - Strümpfe - Handschuhe - Kleider- und Wäschestoffe

Auguste Hofmann Rosenthaler Straße 61
Wäsche - Trikotagen - Stoffe

Bäckereien und Konditoreien

Richard Scholz Bäckerei und Konditorei - Blicherstraße 27

Ernst Glatz Bohrauer Str. 37
Bäckerei und Konditorei
Telefon: 30894

Der Wahre Jacob Preis 40 Pf.
Volkswacht-Buchhandlung

Fleisch- u. Wurstwaren

Wilh. Land jr. Lehmgrabenstr. 2 empfiehlt ff. Fleisch- und Wurstwaren zu billigsten Tagespreisen

Paul Merettig Matthias-Straße 148
Feinste Fleisch- und Wurstwaren

Gustav Standke Friedrich-Karlstr. 5
ff. Fleisch- und Wurstwaren
Bezugsquelle für Gefrierfleisch

Alfred Just, Scheitniger Str. 23
Fabrik ff. Fleisch- und Wurstwaren

Adolf Hoffmann, Herdains-straße 106.
ff. Fleisch- und Wurstwaren.

Ernst Heide Fleischerei und Wurstfabrik
Markthalle Ritterplatz :: Stand 27/28

Paul Berndt Weissenburger Straße 4
ff. Fleisch- und Wurstwaren

Ernst Hoffmann Bärenstraße 80
ff. Fleisch- und Wurstwaren

Richard Krusch Wurst- u. Konserven-Fabrik
Adalbertstraße 13/15 Tel. 265 65
Klosterstraße 49 N. Taschenstr. 30
Matthiasstraße 166 (Ecke Kospothstr.)
Tiergartenstraße 26 (Ecke Kaiserstr.)

ff. Fleisch- und Wurstwaren empfiehlt
Richard Stampe, Kospothstraße 5

Ernst Glemnitz Gräbschener Straße 253
ff. Fleisch- u. Wurstwaren
Fernsprecher 34741

Fritz Kaps Klosterstraße 7
ff. Fleisch- und Wurstwaren

Paul Kursawe Neudorfstr. 28
Fabrik ff. Fleisch- und Wurstwaren

Emil Lüdeck Steinauer Straße 6
Fabrik ff. Fleisch- und Wurstwaren

Musikwerke

Musikhaus Melzer 36 Breslau, Friedrich-Wilhelm-Straße 36
Musikinstrumente jeder Art
Auch Teilzahlung
Schallplatten in größter Auswahl.

Spediteure

Paul Goutheux Breslau, Posener Str. 68/72 * Tel. 32000
Spedition, Möbel-, Geldschrank- und Maschinen-transport u. Kraftbetrieb, Lagerungen, Gleisanschluss

Schuh- und Lederwaren

Adolf Gottwald Inh.: Eugen Gottwald
Breslau, Neumarkt 44 (Gegründet 1854)
Großes Schuh- und Stiefel-Lager
Holz- u. Filzschuhe - Annahme von Reparaturen

Wilhelm Vogel Schuhwaren
Friedrich-Wilhelm-Straße 66.

A. M. Remak Leder Schuhpflegemittel Gummilabsätze
Kupferschmiedestr. 37, zwischen Schmiedebücke u. Oderstraße
Seit 1847 am selben Platz
Ein Beweis unserer Leistungsfähigkeit

Emil Hümpf Fried.-Wilhelm-straße 84
empfiehlt Offenbacher Lederwaren, Koffer, Schultaschen u. Aktenmappen zu billigsten, aber festen Preisen.

Oswald Grunwald Tel. 21578 Tauentzienstraße 130 Tel. 21578
Lederhandlung * Zigarren * Zigaretten * Tabak

Wo kauft man seine Ledersohlen? Bei Gutsche, überall empfohlen
Albert Gutsche Breslau, Reuschstr. 29/31
Telephon 25092
Bekannt leistungsfähige Leder- u. Schuhbedarfsartikelhandlg. Schlesiens
Gräbschener Str. 19/21 Mollkestr. 14 Bohrauer Str. 27 Poststr. 7

Leder im Norden kauft man bei
Karl Kionka, Matthiasstr. 80

Uhren und Goldwaren

G. Glade Bohrauer Straße 11
Ecke Sadowastraße
Uhren und Goldwaren
Eigene Reparaturwerkstatt
Leser dieser Zeitung 50% Rabatt!

Wäsche, Berufskleidung

Leinenhaus Gotthard Völkel Friedrich-Wilhelm-Str. 51 u. Albrechtstr. 56 (nahe Ring)
Gute Berufskleidung und Wäsche

Zigarren, Zigaretten

Zigarrenhaus Hermann Kahlerl Michaelisstraße 19
empfiehlt gute Hamburger und Bremer Fabrikate

Wilhelm Gondok Oelsnerstraße 13
Telephon 37705
Zigarren, Zigaretten, Tabake, anerkannt beste Qual.

Möbel-Kaufhäuser

Kauft Eure Möbel bei **Royoll**
Matthiasstraße 59 ein
und Ihr werdet stets zufrieden sein

Gaststätten u. Gasthöfe

Trinkt Nitschke-Crème anerkannt vorzüglich

Julius Rauchsuss, Scheitniger Str. 33
Zuletzt Mitinhaber der aufgelösten Firma Brennerel Wachner
Inhaber: Richard Julius Rauchsuss. - Keine Filiale.
Fabrikation, Verkauf, Ausschank und Gaststätte.

Drei Worte genügen
Waldhofbitter Schubert Breslau 5

„Zur Stadt Berlin“ Inh.: Hermann Kipke Frankfurter Straße 72

Metallbettstellen, Matratzen

Metallbettstellen / Matratzen
Kinderbettstellen / Gaskocher
Beier & Olowinsky G. m. b. H. Breslau, Herrenstraße 31
Auch gegen monatliche Ratenzahlungen ohne Aufschlag

Fahrräder und Reparaturen

Karl Bohn Scheitniger Str. 33
Telephon 57114
Fahrräder, Nähmaschinen, Reparaturwerkstatt u. Ersatzteile

Fahrradhaus „Frisch auf“ Nikolaistraße 78/79
Bundesgeschäft d. Arb.-Radf.-Bundes „Solidarität“.

Karl Borst jun. Steinauer Straße 12a
Fahrräder, Motorräder, Nähmaschinen, Sprechapparate
Reparaturwerkstatt. - Teilzahlung gestattet.

Fahrradhaus P. Schlape Tauentzien-straße 149
Fahrräder, Sprechapparate, Schallplatten

Beerdigungs-Anstalten

Beerdigungs-Anstalt C. Heymann Klosterstraße 95/97 Breslau 8 Telefon 58747
Zweiggeschäft Gräbschener Straße 43
Beerdigungen, Ueberführungen, Feuerbestattungen
Neuzeitl. Ueberführungs-Autos
Großfuhrbetrieb
Begräbnis-Versicherung
Prospekte kostenlos Vertreterbesuch unverbindl.

Deutsch-Lissa und Umgebung

Kaufhäuser

Kaufhaus Brauer Billigste Einkaufsquelle für Herren-, Damen- und Kinderbekleidung, Spez. Berufskleidung u. Schuhwaren. Teilzahlung gestattet!

Schuhwaren Franz Seliger Schützenmeister
Lager fertiger Schuhwaren Maß- und Reparatur-Werkstatt

Buchhdlg. Volkswacht Modernes Antiquariat
Breslau 3, Neue Graupenstraße 5

Alles wegen einem Töpschen

Ein Kind zu Tode mißhandelt — Die Eltern zu Zuchthaus verurteilt

Das Landgericht III in Berlin verurteilte wegen gefährlicher Körperverletzung mit Todeserfolg, begangen am dreijährigen Töchterchen, den Vater Sch. zu drei Jahren, die Mutter zu vier Jahren Zuchthaus.

Die Presse hat von diesem außerordentlichen Gerichtsfall ganz kurz Notiz genommen. Am 4. Dezember vorigen Jahres wurde die dreijährige Dora von ihren Eltern zu Tode mißhandelt. Der Staatsanwalt erhielt unmittelbar nach diesem schrecklichen Ereignis aus verschiedensten Teilen Deutschlands Briefen mit der Forderung einer exemplarischen Bestrafung der unmenschlichen Eltern. Das Gericht verurteilte vor wenigen Tagen den Vater zu drei Jahren, die Mutter zu vier Jahren Zuchthaus. Das Martyrium der kleinen Dora erscheint uns als ein Beispiel für die sozialen und pädagogischen Schlässe, die aus der Forderung hervorgehen, so bedeutsam, daß der Öffentlichkeit mit größter Regelmäßigkeit dieses Falles in seiner Weise gebietet deshalb die nachfolgende Darstellung:

Die Eheleute Schröder

In Draußenburg, eine Stunde von Berlin, wohnt unter sehr schlechten Verhältnissen ein Mädchen heran. Die Mutter kommt von der Arbeit nach Hause, die dreijährige Dora in der Hand. Sie ist hier zu laut, sie fährt nach Hause zurück und erhält durch die Arbeitsermittlung auf dem Lande in Zepernitz als Gutshaus eine Anstellung. Sie lernt den Landarbeiter Sch. kennen; einjährig bringt sie ein Töchterchen zur Welt. Nur mit Mühe ist sie von der Fürsorgeziehung verfehlt; das Kind kommt in die Obhut der Landarbeiterin. Der Landarbeiter zieht mit seiner Freundin von Ort zu Ort; weder Vater noch Mutter sorgen für ihr Kleines; sie sind in der Erfüllung ihrer Unterhaltspflicht nicht zu bewegen, selbst ein Urteil bleibt ohne Wirkung. 1929 folgt ein zweites Kind, dieses kommt in Pflege. Die jungen Leute heiraten. In Umgebung Berlins, in Blantenburg mieten sie eine Laube. Drängen des Kreisjugendamts nehmen sie ihre beiden Kinder zu sich.

Dorchen bei den Pflegeeltern. — Das Martyrium bei den Eltern

Dorchen wird drei Jahre, ein rundes freundliches Kind, wie Kirzchen, Jänchen wie Berlen, ärtlich und einnehmend, der Sonnenschein ihrer Pflegeeltern. Wenn man ihr doch als eigen liebt; nur ein einziges Mal während der Zeit hat die Mutter nach ihrer Kleinen geschaut. Das Jugendamt nimmt aber Klein-Dorchen der Pflegeeltern; man sieht nur schwer von seiner Mutter trennen; es weigert sich ihre richtige Mutter „Mutti“ zu nennen. Früher wohnte und gepflegt kommt es jetzt in die unwohlige Laube, einem Tisch, einem Stuhl, einer Bank, einem Bett und einem Koffer als einziges Mobiliar. Es gibt nicht genug zu essen; weder Ärtlichkeit noch gute Worte. Klein-Dorchen wird nicht und verschämt, es fehlt selbst ein Töpschen. Ständig ist es auf das große Brett des Koffers. Das ist ungewohnt unbehaglich. Früher immer lauter, und wenn die Zeit kam, um das Töpschen bittend, verunreinigt es sich jetzt, es verläßt die Mutter mit Worten, die helfen nicht. Dann es schlägt mit dem Stiel von der Kelle; auch das hilft nicht. Der Vater zum Sportriemen. Das Körperchen mit Strämen überläßt, kreuz und quer, und auf die frischen Wunden gibt es neue Schläge. Die Schmale bohrt sich ins Fleisch. Die Wunden sind verweilt. Die Mutter treibt es noch immer als der Vater, und eines Sonntags wird das Dreieck ins dunkle Kariöffelloch gesteckt. Die Kleine weint; will artig sein, und beschämt sich immer wieder — aus dem vor dem großen Kofferbrett mit dem großen Loch. Die Eltern hören die Kleine schreien; sie klagen ihnen ihr Leid; da mit Riemen hauen! Die Eltern werden zur Rede gestellt, sie Sie doch Ihrem Kind ein Töpschen, sagt man ihnen. Laufen aber feins und schlagen weiter. Das Gesichtchen ist erblauer Flecken, am Körperchen keine heiße Stelle. Wie glücklich konnte es doch den Nachbarn gegenüber sein, wie herzlich sein Augenblick!

Klein-Dorchen Todesnacht

Am 17. November hatten die Eltern Dorchen zu sich kommen. Am 4. Dezember war es tot. Der Vater schläft ein. Die Mutter legt sich eben zur Ruhe. Klein-Dorchen liegt ruhend und plötzlich geschieht es wieder. Die Mutter zerrt das Kind aus dem Bett, der Vater erwacht, ruft Klein-Dorchen an, nimmt den Sportriemen mit der schweren Schnalle vom Hüften und schlägt auf sein Töchterlein ein. „Ich werde dich sein“, wimmert die Kleine, reißt sich von der Hand des Vaters los und läuft zur Tür. Jetzt packt die Mutter das Kind, legt ihm Fingerringe gegen den Bauch, hebt es an den Ohren und wirft es zu Boden, daß es zuerst mit dem Gesicht, dann dem Hinterkopf aufschlägt. Packt es zum zweiten Male an Ohren und schleudert es noch einmal zu Boden; wieder packt es zuerst mit dem Gesicht, dann mit dem Hinterkopf auf. Es bleibt es reglos liegen. Die Mutter hebt es aufs Bett, läßt ihm Kaffee einzulösen; Klein-Dorchen stöhnt noch einige Male auf und haucht in wenigen Minuten ihr kurzes Leben aus.

Am nächsten Morgen ruft die Mutter eine Nachbarin bei; das Kind sei aus Gram nach seiner Pflegeeltern gegangen, es habe immer wieder „Mutti“ gerufen. Das Körperchen mit frischen Strämen überläßt, die Schläfen sind geschwollen, Ohren eingerissen, das Gesichtchen voll blauer Flecken. Der Vater weigert sich einen Totenschein auszustellen. Der Tod durch Mißhandlungen verursacht. Die Eltern werden inhaft genommen, die Nachbarin droht mit Selbstmord.

Gerichtsverhandlung. — Urteil. — Schuld.

Vor dem Richter steht ein dumpfer Landarbeiter und eine Frau, eine kleine zarte Frau, schlüchzig. Dann fragt sie wie es gekommen mit einer Ruhe, als seien ihr mütterliche Gefühle vollkommen fremd. Der Staatsanwalt beantragt vier Jahre Zuchthaus für jeden der Eltern. Das Gericht merkt die Schuld der Mutter höher als die des Vaters. Ein grausiger Fall. Ein zu Tode mißhandeltes Kind; die Eltern im Zuchthaus. Nur wegen eines Töpschens! Trifft man die Schuld auf die Eltern? Dem Kreisjugendamt ist es bekannt, wie lieblos die Eltern sich der Kleinen gegenüber gezeigt hatten. Es fragte aber gar nicht danach, in was für Verhältnissen sie kommen würde; überzeugte sich nicht hinterher, wie gut aufgehoben war. Der Mutter war aber das Kind, sie weder genährt, noch großgezogen hatte, fremd. Sie Pfand für ihr Töchterchen nichts und hatte von Mutterpflichten nicht die geringste Vorstellung. Hätte das Kreisjugendamt nur einmal das Kind aufgesucht, es wäre ohne weiteres in die Obhut der Pflegeeltern gekommen. Die Ursache für die Verunreinigungen festzustellen, oder einen Arzt fragen lassen. Die Verurteilung nach dem Schöffengericht Berlin-Witzke ein Hausvertrautes Kind nicht an der Hand über die Strafe geschüttelt.

Die Kleine wurde von einem Auto überfahren und starb. Hat sich nicht auch das Kreisjugendamt in ähnlicher Weise der fahrlässigen Tötung an dem kleinen Dorchchen schuldig gemacht? Die hohen Strafen für die Eltern sollen von Kindermißhandlungen, geboren aus Not, Unwissenheit und Krankheit, abschrecken. Sind sie nicht vielmehr eine Mahnung für die Jugendämter, ihre Pflichten nicht formalistisch zu erfüllen? Nicht gegen die Eltern, die nicht wußten, was sie taten, gegen diese Art Jugendämter hätten sie die Zulassungen an die Staatsanwaltschaft richten müssen. Leo Rosenthal.

Tragischer Tod eines mutigen Retters

Bei dem mutigen Versuch, ein durchgehendes Gespann aufzuhalten, ist gestern nachmittag in Berliner Vorort Wittenau der 24jährige Arbeiter Wilhelm Klemp tödlich verunglückt. Wie das „Berliner Tageblatt“ berichtet, besand sich Klemp auf dem Heimwege, als er durch laute Rufe von Passanten auf ein durchgehendes Pferdegespann aufmerksam gemacht wurde. Kurz entschlossen, warf sich Klemp den scheuenden Tieren in die Zügel, wurde aber ein Stück mitgeschleift und dann, als ihn seine Kräfte verließen, von dem Wagen überfahren. Er trug so schwere Verletzungen davon, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Untersuchungsergebnisse über die Düsseldorf Mord

Das Düsseldorf Landkriminalpolizeiamt veröffentlicht zum Zwecke einer einheitlichen Fassung in einer Sondernummer des Kriminalpolizeiblattes alle bisher festgestellten Beobachtungen der Düsseldorf Mordfälle. Danach sind fünf der Mordtaten von dem in Haft befindlichen geisteskranken Stausberg begangen worden, während vier Mordfälle an Hausangestellten, von einem anderen Täter, der Stausberg nachahmen wollte, ausgeführt sein sollen. Leider habe man nur eine halbwegs sichere Beschreibung des Mörders. In der Sondernummer des Kriminalpolizeiblattes wird schließlich noch darauf hingewiesen, daß der oder die Täter heutzutage in Kreisen zu suchen sind, die infolge ihrer abnormen Veranlagung schon mit Behörden, wie Polizei, Gericht, Irrenanstalt und Gefängnis, zu tun gehabt haben.

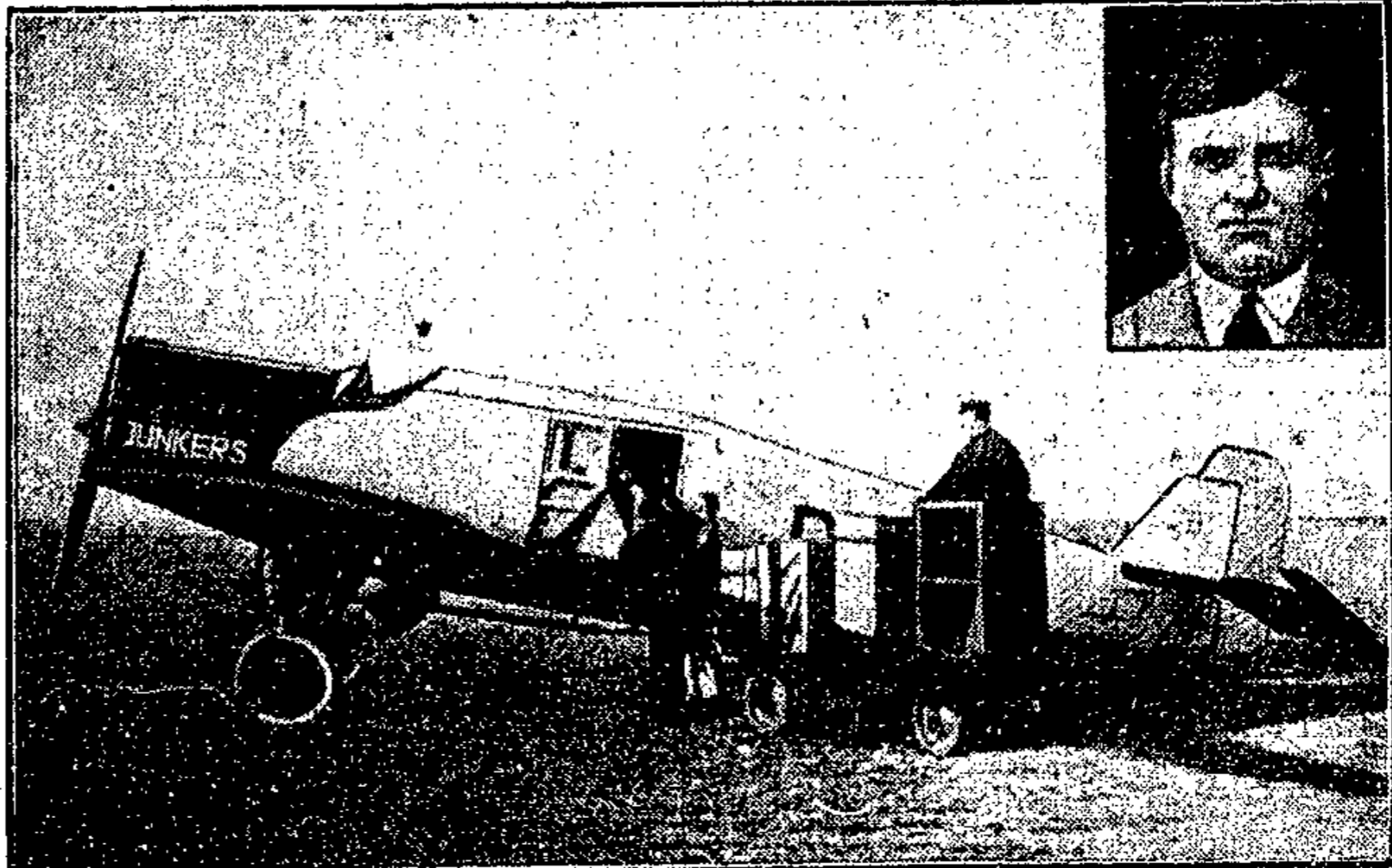
Todesstrafe gegen August Rogens beantragt

Nach vierstündiger Plädoyer vor dem Schwurgericht in Neustrelitz beantragte Oberstaatsanwalt Weber am Montag gegen August Rogens die Todesstrafe wegen Ermordung des kleinen Ewald Rogens sowie die Verkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit. Gegen den jugendlichen Friedrich Rogens lautete der Antrag auf eine Gesamtstrafe von vier Jahren einen Monat Gefängnis wegen Beihilfe und Meineid; die Untersuchungshaft soll angerechnet und die Strafe ausgesetzt werden, sobald sie bis auf ein Jahr fünf Monate verbüßt ist. Der Antrag gegen Frau Köhler lautete auf sieben Jahre Zuchthaus wegen Beihilfe und Meineid; hier soll die Untersuchungshaft in Höhe von acht Monaten angerechnet, außerdem auf zehn Jahre Ehrverlust erkannt werden. Der Antrag, der dem früheren Urteil entspricht, würde im Zuschauerraum mit lebhafter Bewegung angenommen. Die Angeklagten blieben ruhig. Jakobowski soll nach Meinung des Oberstaatsanwalts Mitäter in der passiven Rolle, wahrscheinlich Kupfasser, gewesen sein.

Riefendiebstahl in Belzen

Bei der Firma Louis Friedländer & Co. in der Wallstraße im Zentrum Berlins sind Wärmemäntel und Felle im Werte von 80 bis 100 000 Mark gestohlen worden.

Deutsches Postflugzeug in England abgestürzt



Das planmäßige Postflugzeug „D 1649“ der Deutschen Luftfahrt — eine einmotorige Junkers-Maschine von dem hier gezeigten Typ W 33 — ist am 7. April, kurz nach seinem Start von dem Londoner Flughafen Croydon abgestürzt und verbrannt. Sein Führer, der Pilot Karl Wessel (im Anschnitt), und der Bordmechaniker haben den Tod gefunden.

Das Unglück der Junkersmaschine „D 1649“, dem der 24jährige Flugzeugführer Karl Wessel und der 23jährige Junker Connerz zum Opfer fielen, ist offenbar darauf zurückzuführen, daß der Pilot infolge verlorener Orientierung die Maschine zu niedrig fliegen ließ, so daß sie in voller Wucht auf den Erdboden aufprallte. Das Unglücksflugzeug, ein Schwesterflugzeug des Ozeanflugzeuges „Bremen“, lag am Montag morgen 3:47 Uhr vom Flughafen Croydon bei London ab. Der Start verlief ordnungsgemäß. Vom Start aus traf in Croydon jedoch keine Funknachricht ein. Nach einer halben Stunde kam dann die Nachricht, daß „D 1649“ nach einem Fluge von achtzehn Minuten zwischen Croydon und der Meeresküste, 5 1/2 Kilometer von Foster Dawn, 20 Kilometer von London entfernt, auf Biesingelände aufgestoßen und verbrannt sei. Aus der Lage des verunglückten Flugzeuges war zu schließen, daß der Pilot das Flugzeug gewendet hatte, um wegen Nichtfunktionierens der Funk-

Um 50 Pfennige erhängt

Der 14-jährige Franz Domanski, der in diesen Tagen seine Schulzeit beendet hat, hat gestern nachmittag seinen Vater, den Gemütskranke Domanski in Berlin, ihm zu einem Ausgang von 50 Pf. zu geben. Der Vater verweigerte ihm das Geld und begab sich darauf in den auf dem Hof seines Grundstückes gelegenen Stall. Diese Gelegenheit benutzte der 14jährige Franz, um sich in den Läden seines Vaters an einem Gurt zu erhängen. Als bald darauf seine Schwester den Laden betrat, fand sie ihren Bruder erhängt auf. Alle Wiederbelebungsversuche blieben ohne Erfolg.

Schwierige Zepelinlandung

Die Landung des Graf Zeppelin in Friedrichshafen nach seiner zweiten diesjährigen Probefahrt wurde durch äußerst heftige Bodenvirbel von sechs bis sieben Sekunden Dauer erschwert. Durch den immer heftiger werdenden Wind wurde das Luftschiff zwei Mal wieder in die Höhe gehoben, wobei ein Mann der Haltemannschaft, der das Halteseil nicht rechtzeitig losließ, aus einer Höhe von vier bis fünf Metern herabfiel. Er wurde durch das Sanitätsauto ins Krankenhaus gebracht. Ein zweiter Arbeiter konnte durch die Tür der Passagiergondel hereingezogen werden. Nachdem zwei Trupps von je 100 Mann vom Magbach Motorenbau nach zu der bereits bedeutend verstärkten Haltemannschaft zugeteilt wurden, konnte das Luftschiff um 4:25 Uhr in die Halle gebracht werden. Der Luftballpuffer an der Passagiergondel war durch das ziemlich starke Aufsteigen abgedrückt worden.

Die Tragödie im Gutshaus von Blengow

Selbstmord des Rittergutsbesizers wahrscheinlich

Wie aus Neubukow gemeldet wird, haben die weiteren Ermittlungen zur Aufklärung der Tragödie im Gutshaus von Blengow die Vermutung gestärkt, daß der Gutsbesitzer Beste sich selbst erschossen hat. Nach dem Sektionsbefund ist der tödliche Schuß aus dem bei dem Toten gefundenen Revolver aus einer Entfernung von nicht mehr als 10 Zentimeter abgegeben worden. Aus dem offenen Schreißbüchse schlenke Briefe sind, wie nun festgestellt wurde, im Ofen verbrannt worden. Die zunächst vermissten etwa 2000 Mark sind im Bibliothekszimmer versteckt gefunden worden. Es besteht die Möglichkeit, daß Beste, weil er das Gut in nächster Zeit hätte aufgeben müssen, den Entschluß gefaßt hat, seinem Leben ein Ende zu machen.

Riefenbetrug eines Hausbesizers

Der Untersuchungsrichter vom Landgericht I in Berlin hat gegen den Berliner Hausbesitzer Storn, der flüchtig ist, einen Haftbefehl erlassen. Storn, Besitzer von 33 in der Internationalen erworbenen Mietshäusern in Berlin, wird beschuldigt, durch betrügerische Handlungen eine Ermächtigung rechtmäßig von ihm zu zahlender Hausjäger um etwa 500 000 Mark herbeigeführt zu haben. Da Storn ein durchaus einfaches Leben führte, ist nicht klar ersichtlich, was ihn zu den ihm zur Last gelegten Betrügereien verführt haben kann. Der Gesamtwert seiner Häuser beläuft sich auf etwa 5 Millionen Mark.

Marthe Hanau kommt außer Haft

Die Präsidentin der „Gazette du Franco“, Frau Marthe Hanau, wird heute oder morgen nach sechszehnmönatiger Haft in Freiheit gesetzt werden. Die vom Gericht verlangte Kaution von 800 000 Franken ist durch freiwillige Sammlung der Gläubiger aufgebracht worden.

Einsturzkatastrophe in der Kirche

Während des Gottesdienstes brachen aus noch nicht ausgeklärter Ursache in Lowell (Massachusetts) mehrere der Säulen zusammen, die die Empore trugen. Die 40 Frauen auf der Empore stürzten fünf Meter tief. Drei wurden getötet, achtzehn schwer verletzt.

Ein Augenzeuge berichtet über das Unglück: Ich wurde von einem Krachen aus dem Schlaf geweckt. Als ich aus dem Fenster blickte, sah ich auf der Anhöhe etwas, was ich für ein brennendes Auto hielt. Ich fuhr mit meinem Motorrad nach Boomlands und fand ein brennendes Flugzeug. Ich zog eine Mann aus den Flammen. Er war tot. Als ich um die Maschine herumging, konnte ich keinen anderen Insassen entdecken. Dann traf ein zweiter Mann ein und wir fanden eine zweite Leiche, die wir aus den brennenden Trümmern hervorbrachten. Der zweite Augenzeuge, ein Gärtner, der 400 Meter von der Unfallstelle wohnt, sagte u. a.: Von dem Flugzeug ist weiter nichts übrig als verbogenes und zerbrochenes, vom Feuer geschwärztes Metall. Die beiden Toten sind nach der Beichenhalle des Krankenhauses in Dötbed übergeführt worden.

Beamtenvertretung gegen Bürokratie

Bundesausschuss des ADG und Beamtenvertretungsgezet

Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes beschäftigte sich am Sonnabend mit der durch den Regierungswechsel in der Frage des Beamtenvertretungsgezetes geschaffenen politischen Lage. Reichstagsabgeordneter Falkenberg erstattete das einleitende Referat. In der Aussprache schilderte Reichstagsabgeordneter Bender die Schwierigkeiten bei der Beratung dieses Gesetzes im Reichstag — er nimmt am Mittwoch wieder seine Tätigkeit auf — die durch das Übergewicht der gehobenen und höheren Beamten entstanden sind. Ueber das Betriebsrätegezet sei leichter eine Einigung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern erzielt worden als in der Frage der Beamtenvertretung, wo die höhere Bürokratie um die Aufrechterhaltung ihrer autoritären Stellung kämpft.

Der Bundesausschuss nahm eine Entschliessung an, in der die Beamtenvertretungen als ein Mittel zur Verwirklichung der Demokratie in der Verwaltung und in den öffentlichen Betrieben bezeichnet werden. Deshalb müssen die Beamtenvertretungen auf dem Gebiete ihrer Aufgaben ein weitgehendes Recht der gleichberechtigten Mitwirkung erhalten, dessen Wahrnehmung durch die im Streitfall zu treffende Entscheidung unparteiischer Schiedsstellen (Einspruchsammern) gesichert sein müsse. Diese unerlässlichen Voraussetzungen für eine wirklich ersprießliche Tätigkeit von Beamtenvertretungen lasse der Regierungsentwurf vermissen; nach seinen Vorschriften würden unter dem

bloßen Schein eines Mitwirkungsrechts lediglich Gebilde geschaffen, die ohne positive Betätigungsmöglichkeit weder im Interesse der Beamten noch zum Nutzen der Verwaltung wirksam werden könnten. Der Bundesausschuss erwarte daher vom Reichstag und den politischen Parteien, daß sie in der Beratung des Gesetzes diesem eine Gestalt geben, die den vom Allgemeinen Deutschen Beamtenbund aufgestellten Forderungen entspreche und vermeide, daß eine Rechtsverschlechterung für die bereits mit Vertretungsfunktionen ausgestatteten Teile der Beamtenschaft (z. B. Reichsbahn, Reichspost u. a. m.) eintritt.

Die Angriffe, die der Deutsche Beamtenbund gegen die freigewerkschaftliche Organisation und ihre Bemühungen um ein brauchbares Beamtenvertretungsgezet richtete, werden in der Entscheidung vom Bundesausschuss als haltlose Verleumdungen zurückgewiesen.

In den Verhandlungen des Bundesausschusses spielte auch das Vorgehen der thüringischen Rechtsregierung unter Führung des Nationalparlamentarier Freya eine erhebliche Rolle. Es wurde dazu folgende Entschliessung angenommen: „Der am 4. und 5. April 1930 in Berlin tagende Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes wendet sich unter Hinweis auf das Vorgehen der thüringischen Regierung gegen die Versuche, die Sanierung der öffentlichen Finanzen durch einen Schuldenbau, besonders bei Volks-, Berufs- und Volkshochschulen, durchzuführen. Der allgemeine Deutsche Beamtenbund wird wie bisher, so auch in Zukunft alle Abwehrmaßnahmen der Allgemeinen Freien Lehrgewerkschaft Deutschlands in geeigneter Form unterstützen.“

werden könnte. In den ganzen letzten Jahren sind für die Verlustverläufe der Branntweinmonopolverwaltung jährlich bis 80 Millionen Mark aufgewendet und die Steuerabläufe der Reichsmonopolverwaltung an die Reichsstaatskasse um diese Summe vermindert worden.

Trotz steigender Verlustverläufe haben sich aber die Kosten der Branntweinmonopolverwaltung immer weiter vergrößert. Schon seit längerer Zeit wird daher vom Landbund und anderen oekonomischen Großagrariern gefordert, daß noch mehr Spiritus als Motorantriebsstoff Verwendung findet. Bereits obengenannten Verlustzahlen zeigen, wie unfähig ein solcher Vorschlag ist und zu welcher unerträglich weiteren Belastung der Reichsstaatskasse er führen müßte; kostet doch der Monopolverwaltung ein Hektoliter Spiritus bei der Hebernahme 63 Mark. Im kommenden Jahr 15 bis 20 Mark Verwaltungs- und Reinigungs-kosten, so daß der Einstandspreis insgesamt 80 Mark beträgt. Verkaufspreis für Motorspiritus ist dagegen nur 35 Mark festgesetzt, so daß bei jedem Hektoliter Motorspiritus 45 Mark auf Kosten des Steuerzahlers zugehen werden. Eine grundlegende Reform des ganzen Branntweinmonopols wird daher seit Jahren von der Sozialdemokratie dringend gefordert. Daß eine solche Reform nicht gerade von der Regierung Schiele durchgeführt wird, haben wir nicht gerade zu beklagen. Wir hatten jedoch andererseits nicht gedacht, daß sofort nach dem Regierungswechsel von den Deutschnationalen ein so unheilvoller Antrag gestellt werden würde — wie dies tatsächlich seit dem Steuerantrag des Reichstags geschehen ist — daß zu allem Überdies Deutschland importierten Benzin zwangsweise 10 Prozent Spiritus beigemischt werden müssen. Dieser von Dr. v. Sybel gestellte Antrag wurde merkwürdigerweise im Reichsausschuss des Reichstages sogar angenommen.

Welche Konsequenzen die Durchführung dieses Antrages hätte, zeigen wenige Zahlen. Nach Deutschland werden 1 Million Tonnen Benzin eingeführt. Eine 10prozentige Beimischung würde den Abzug von 100 000 Tonnen oder 12 000 Hektolitern Spiritus für Motorantriebsstoff bedeuten. Wenn dieser Spiritus zu denselben Verkaufspreisen wie bisher gegeben, so würde sich heraus ein Verlust für die Reichsstaatskasse von 62½ Millionen Mark ergeben. Das ist ein Betrag, der ungefähr dem vom Reichsfinanzminister geschätzten Mehraufkommen aus der Benzinsteuererhöhung entspricht. Das gesamte für die Gesundung der Reichsfinanzen notwendige Mehraufkommen aus dieser Steuer würde also zur Sanierung des ökonomischen Großgrundbesitzes verwendet werden. Würde andererseits der Spiritusabgabepreis auf den Einheitspreis, d. h. auf 80 Mark pro Hektoliter erhöht, so würde dies eine zusätzliche Wertvermehrung des Benzinumsatzes von 10 Prozent ergeben. Wir nehmen an, daß der Reichsausschuss des Reichstages sich über die Konsequenzen dieses Antrages nicht im klaren gewesen ist, denn sonst hätte er ihn unmöglich seine Zustimmung geben können.

Daß die Sozialdemokratie einer solchen sinnlosen Verschwendung der Steuergelder (und das vollends in einer Zeit, der nach Meinung der Rechtsparteien nicht einmal Geld für Arbeitslosenversicherung vorhanden ist) den stärksten Widerstand entgegenzusetzen wird, ist selbstverständlich.

Rein Geld für arme Kinder

Röln verweigert neue Zuwendungen für Kinderpeisung

Im heiligen Römischen Reich hat die vom Bürgeramt beauftragte Stadterwaltung im Haushaltsplan für 1930 den Betrag für die Kinderpeisungen von 752 000 auf 350 000 gekürzt. Dieser Betrag für Kinderpeisung setzt sich nicht nur aus Mitteln der Stadt zusammen, sondern 214 000 Mark stammen von den Krankenkassen, 50 000 von der Provinz und 70 000 Mark von sogenannten Selbstzahlern. Die Stadt hatte also nur 400 000 Mark aus eigenen Mitteln für die Kinderpeisungen aufzubringen. Ihren eigenen Betrag hat sie um die Hälfte, 200 000 Mark gekürzt. Damit zwang sie auch die Krankenkassen, ihren entsprechenden Beträge zu senken. So geht es, wo die Sparwelt in der sozialen Fürsorge sich auslebt.

10 000 Maßschneider im Streik

Der Braunschweiger Schiedsspruch durch die Arbeiter beiseitegeschoben
Morgen Verhandlungen vor neuem Schlichter

Die Verhandlungen zur Beilegung des Lohnkonfliktes in der Maßschneiderei, die am Montag im Reichsarbeitsministerium stattfanden, brachten den Bekleidungsarbeitern bereits einen beachtlichen Erfolg. Es kam zu einer Vereinbarung zwischen den Parteien, wonach „unter Außerachtlassung des Braunschweiger Schiedsspruches“ eine neue Schiedsstelle zur Erledigung der Lohnunterschiede in der Herren- und Damenmaßschneiderei gebildet wird. Die neue Schlichterstelle soll am kommenden Mittwoch vormittags 9 Uhr zusammentreten.

Der Braunschweiger Schiedsspruch ist also von den streikenden Bekleidungsarbeitern bereits über den Haufen geworfen worden. Dies und nichts anderes ist der Inhalt der Vereinbarung; denn schließlich soll die neue Schiedsstelle ja nicht neben dem alten Braunschweiger Spruch noch einen neuen Schiedsspruch fällen. Zwei Schiedssprüche nebeneinander, damit sich jeder Arbeitgeber einen herausuchen kann — das wäre etwas zu viel des Guten. Der Sinn der Vereinbarung ist: das Braunschweiger Monstrum ist tot, neue Verhandlungen beginnen. Der Weg ist also frei zu einer vernünftigen, sozial erträglichen Lösung des Lohnkonfliktes.

Die Kampffront der streikenden Bekleidungsarbeiter hat sich auf die neue Parole des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes hin sofort mit einem Ruck um 3000 auf rund 10 000 vergrößert. Die Zahl der Streikstädte ist auf 114 gestiegen, während sie zu Beginn des Kampfes 65 betrug. Der Kampfesgeist der streikenden Bekleidungsarbeiter ist vorzüglich, weil sie wissen, daß sie für eine gerechte Sache kämpfen.

Was soll das heißen?

Feuerwehrwoche ohne Berufsfeuerwehrmänner

Die Arbeits- und Interessengemeinschaft Deutscher Feuerwehrorgane veranstaltet vom 27. April bis zum 4. Mai eine Feuerwehrwoche. Von der Mitarbeit in der Gemeinschaft ist die Gewerkschaft des Personals der Berufsfeuerwehren, der Verband Deutscher Berufsfeuerwehrmänner, merkwürdigerweise ausgeschlossen worden, obwohl er seinen Beitritt bereits im Februar 1929 angekündigt hat. Diese Ablehnung ist auf die Einstellung der Führer freiwilliger Feuerwehren und industrieller Berufsfeuerwehren zurückzuführen.

Die gewerkschaftlich organisierten Mitglieder freiwilliger Feuerwehren haben hier auch ein Wort mitzusprechen. Wollen sie dulden, daß die Gewerkschaft des berufsmäßig tätigen Feuerwehrpersonals von der Mitarbeit in der Organisation deutscher Feuerwehrorgane ausgeschlossen ist? Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat der Arbeits- und Interessengemeinschaft mitgeteilt, daß er bei ihrer Haltung für die Veranstaltung der Feuerwehrwoche keine Propaganda treiben kann. Auch von dem gewerkschaftlich organisierten Personal der Berufsfeuerwehren kann niemand erwarten, daß es freiwillig eine Veranstaltung unterstützt, an der die Gewerkschaft nicht beteiligt ist.

Die Leitung der freiwilligen Feuerwehren liegt in vielen Orten in den Händen reaktionär eingestellter Persönlichkeiten, die wohl für Futurapatriotismus und nationalistische Veranstaltungen, aber nicht für die Arbeiterbewegung Verständnis haben. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sind nur gut genug, in der Feuerwehr ihren Mann zu stellen. Der Dant für ihre Arbeit besteht darin, daß man ihren Gewerkschaften die Aufnahme in die Arbeits- und Interessengemeinschaft verweigert. Sie dürfen nur mitreden, aber nicht mitreden.

Die Streitigkeiten in der schlesischen Textilindustrie

Die im Anschluß an die Verbindlichkeitsklärung des letzten Schiedsspruches entstanden waren, sind nunmehr nachdem Einsprüche des vom Reichsarbeitsminister ernannten Schlichters Dr. Böcker beigelegt worden. Der Hauptgegenstand der Streitigkeiten war die Verbindlichkeitsklärung der

der Differenzen war die große Firma Pierich A.G. in Langenbielau. Die Streitigkeiten hatten bereits zu einer Reihe von Klagen geführt, die zum Teil noch unerledigt in den Berufungs- bzw. Revisionsinstanzen anhängig waren. Dem Schlichter ist es gelungen, in den kritischen Fragen, die sich zum Nachteil der Arbeitererschaft auswirkten, eine Einigung der Parteien herbeizuführen.

Für die badische Textilindustrie ist eine Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches, der die Lohnabbaupläne des Arbeitgebers zunächst gemacht hat, trotzdem aber von den Arbeitnehmern nicht angenommen wurde, da er ihren Forderungen auf Lohnerhöhung nicht entsprach, bis jetzt noch nicht erfolgt. Der Schiedsspruch steht eine Weitergeltung des bisherigen Lohnniveaus bis zum März 1931 vor.

Die Grüne Front wartet mit einem neuen Skandal auf

und zwar handelt es sich diesmal um einen Branntwein-skandal. Man will eine neue Millionen-subsvention über das Branntweinmonopol schmuggeln.

Die Lage des deutschen Branntweinmonopols ist außerordentlich angespannt. Die in den letzten Jahren ständig steigenden Hebernahmepreise für Branntwein der Monopolverwaltung haben zu einer starken Steigerung der Erzeugung geführt, die nur durch einen ständig großen verlustbringenden Branntweinabfluß für industrielle und Motorpreiszwecke abgeseht

Geistesblitze der Wirtschaftspartei

Was sie unter Wirtschaftsfreiheit versteht

Uns wird geschrieben: „Zu den unentwegten Kämpfern für Wirtschaftsfreiheit gehört die Wirtschaftspartei. Was sie aber unter Wirtschaftsfreiheit versteht, geht am besten aus ihrer Forderung an die Reichsregierung hervor, den Standinhabern in den Markthallen den Verkauf bestimmter Waren durch Gesetz zu verbieten. Wirtschaftsfreiheit und Gewerbefreiheit — aber für sich und nicht für die Konkurrenz, die, wie ein Vertreter des Einzelhandels kürzlich gelegentlich einer Pressebesprechung zugab, in den Markthallen billiger verkauft. Geschäftliche Tüchtigkeit muß also nach der Auffassung dieser merkwürdigen Wirtschaftspartei gesetzlich verboten werden. Es ist immer schlimm, wenn sich wirtschaftliche Rückständigkeit in Gesetzesvorschlügen verdrängt.“

Ein anderes Beispiel dafür hat die Wirtschaftspartei gelegentlich der letzten Steuerdebatten gegeben. Sie verlangte eine Sonderbesteuerung des Umsatzes überall dort, wo der Umsatz 1 Million Mark und mehr beträgt. Diese Forderungen richten sich natürlich gegen die verhassten Konsumgenossenschaften und gegen die Warenhäuser. Daß die gegenwärtige wirtschaftliche Situation aber eine Preisverbilligung, Kostensenkung und Kaufkraftstärkung verlangt, das stört die Wirtschaftspartei sehr wenig. Nach den Forderungen der Wirtschaftspartei sollte diese Ausnahmesteuer gegen die Konsumgenossenschaften und Warenhäuser auf 4 Prozent festgesetzt werden. Als man diesen Steuertheoretikern dann nachhakte, daß dabei nur die für die Ausgleichung des Etats benötigte Summe von 15 Millionen Mark herkommen würde, verlangten sie — die Verdoppelung des Steuersatzes auf ein-einhalb Prozent und machten, wie uns bestimmt versichert wird, von der Erfüllung dieser Forderung ihr Verbleiben im Kabinett abhängig.

Mit solchen Leuten muß man in Deutschland Steuerpolitik machen. Brüning und Molkenhauer können uns nachgerade leid tun!

Der „Eugen“ falsch angewandter Nationalisierung

Der Soziologe W. E. Chalmers von der Universität Pittsburg äußerte sich über die Zustände in der amerikanischen Stahlindustrie auf Grund monatelanger Studien:

Die technische Arbeitslosigkeit (durch die Maschinenentwertung verursacht) in der Stahlindustrie findet in keiner anderen amerikanischen Industrie ihren Ausdruck. Im Verlaufe der letzten drei Jahre sind bis 25 Prozent der Arbeiterbeschäftigten in den verschiedenen

Werkabteilungen technisch ausgeschaltet, d. h. entlassen worden. Allein die Edgar Thomson-Werke in Paddock City, West Virginia haben bei voller Aufrechterhaltung und Steigerung der Produktion die Zahl ihrer Arbeiter in den letzten vier Jahren von 7000 auf 4800 reduziert.“

Auf der anderen Seite ist es den großen Stahlunternehmen Amerikas nie so gut gegangen wie in den letzten Jahren. Trotz der industriellen Depression im letzten Viertel Jahres 1929, deren Auswirkungen sich erst jetzt bemerkbar machen beginnen, hat die U. S. Steel Corporation in demselben Zeitraume die größten Profite seit ihrem Bestehen erzielt. Diesen Rekord-Profiten stehen in der Industrie ein Rekord-Arbeitslosigkeit, scharfe Lohnkürzungen und die Aufrechterhaltung langer Arbeitszeiten gegenüber.

In den ununterbrochen arbeitenden Werkabteilungen der großen Werke ist die achtstündige Arbeitszeit in Kraft. In den anderen Abteilungen und in den kleineren Werken ist zehnstündige Arbeitstag üblich, aber zwölfstündige Schicht- und die sechsstündige Arbeitswoche sind nichts Ungewöhnliches. Allein in Pittsburg arbeiten gegen 5000 Stahlarbeiter seit Tage in der Woche. In jeder dritten Woche müssen die Arbeiter der U. S. Steel Corporation 16 Stunden von

arbeiten. Diese nüchternen Feststellungen eines Wissenschaftlers nicht viel hinzuzufügen. Die Frage, die unter solchen Umständen naturgemäß aufsteht, ist: Wie verhält sich die amerikanische Arbeitererschaft zu diesen Dingen? Auch ist die Antwort entmutigend. Dem ausgezeichnet organisierten Spionagesystem der Unternehmer zur Ausprägung der unfriedlichen Arbeiter- und Organisationskräfte steht keine kräftige Gewerkschaft gegenüber, die in der Lage ist, die Interessen und offenen Arbeiterfeindschaft der Werksleitungen Einhalt zu bieten. Die Amalgamated Association der Iron, Steel and Tin Workers (Verband der Eisen-, Stahl- und Zinnarbeiter), die amerikanischen Gewerkschaftsbünde angegeschlossen ist, hat nur einigen numerisch schwachen und hochbezahlten Handwerken fassen können und reicht nicht in die Arbeitermassen der Industrie hinein. Seit dem großen Stahlarbeiterstreik Jahres 1919 haben die großen Werke zur Spionage gegriffen, die „Wiederkehr derartiger unliebsamer Zustände“ wirksam zu verhindern. Die tatsächliche Lage gibt dieser löblichen Politik Recht. Die Fabrikverhältnisse stehen unter der Herrschaft der Kreaturen und Spigal. Freie Rede und das Versammlungswort sind so gut wie unbekannt. In Agitation ist von sofortiger Ausweisung begleitet, was nicht leichter fällt, da die Besitzer oder Pächter von Logierhäusern häufig Agenten der Werke sind.